Nr. 263. Halle (Saale), Donnerstag, den 8. November 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktagnachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2.10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 40/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Nonpareillezeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9.7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 8. November 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der flandrischen Schlachtfront hat der Feind seine Angriffe nicht wiederholt. Die Artillerietätigkeit blieb rege; sie steigerte sich namentlich gegen die Abschnitte an der Yser und bei Badschendaele. Die Stadt Dixmuide lag unter heftigem Minenfeuer. Nördlich von Poelkapelle und bei Armentières wurden englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Im Aillettegrund wurden aus erfolgreichen Vorfeldkämpfen französische Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Im Sundgau schwoll die schon seit einigen Tagen lebhafte Artillerietätigkeit zu beiden Seiten des Rhein-Marne-Kanals zu größter Heftigkeit an. Französische Sturmtruppen stießen am Nachmittag nördlich und südlich vom Kanal vor. Bei Ammerzweiler wurde der Feind zurückgeworfen. Westlich von Reiweiler blieben vorspringende Grabenstücke in seiner Hand. Am Abend brachen hier erneute Angriffe der Franzosen vorzeitig zusammen.

Seit dem 3. November verloren die Gegner im Luftkampf und durch Flugabwehrfeuer 24 Flugzeuge. Leutnant Wüsthoff errang seinen 24. und 25. Luftsieg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Brody und Moldawa lebte das Feuer zeitweilig auf.

Mazedonische Front. Im Cernabogen hat sich die Artillerietätigkeit wieder verstärkt.

Italienische Front.

Unsere auf den Gebirgsstraßen vordringenden Abteilungen brachen den Widerstand feindlicher Nachhuten.

Dem am mittleren Tagliamento zwischen Tolmezzo und Gemona und an den ständigen Befestigungswerken des Monte St. Simeone noch ausharrenden Feinde verlegten umfassend angesetzte Angriffskolonnen den Rückzug. Bisher mußten sich 17000 Italiener (darunter ein General) mit 80 Geschützen ergeben.

In der Ebene entwickelten sich längs der Livenza Kämpfe. In frischem Draufgehen erzwangen sich deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trotz zerstörter Brücken den Uebergang und warfen den Feind westwärts zurück.

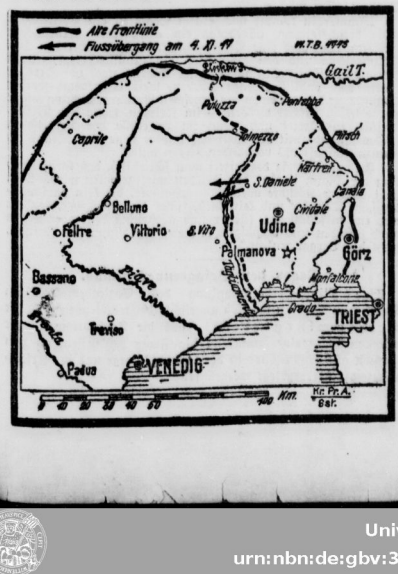
Die Gesamtzahl an Gefangenen hat sich auf mehr als 250000, die Beute an Geschützen auf über 2300 erhöht.

Zur Lage in Italien.

Die amtlichen Berichte besagen, daß in der venetianischen Ebene bei der Verfolgung die Linie am Livenza-Fluß erreicht sei und mehrere tausend Gefangene gemacht wurden. Die Italiener sind in vollem Rückzuge gegen den Piave. Die Verfolgungsoperationen verlaufen planmäßig. Umfassendes Zusammenarbeiten österreichisch-ungarischer Gebirgstruppen zwang südwestlich Tolmezzo einige tausend Italiener, sich zu ergeben.

Eine Meldung aus Rom besagt, daß man dort den Beratungen der Entente in Rom große Bedeutung beimesse. Die zuständigen Kreise seien überzeugt, daß die kommenden Ereignisse auf dem italienischen Kriegsschauplatze für den Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung sein würden. Das Eintreffen der französischen Truppen in Italien wird sehr gefeiert. Amerikanische Truppen sollen ebenfalls schon unterwegs zur Hilfeleistung in Italien sein.

Ein Aufruf. Mehr als 350 in Rom anwesende italienische Abgeordneten haben einen Aufruf an das Land erlassen: „Rettet das Vaterland! Vertreibt den Fremdling von unserem entweihten Boden! Italien kann nicht besiegt werden!" Der Aufruf versichert, daß „dieser Schrei der Angst und des Vertrauens schon einen Widerhall in der Seele der aufrichtigen und mächtigen Alliierten gefunden hat". Der Aufruf schließt mit folgenden Worten: Möchten alle Italiener, die Landbevölkerung wie die Arbeiterschaft, unserem Aufruf zur Brüderlichkeit und Eintracht Folge leisten! Erniedrigung und Knechtschaft würden unsere Entwicklung in unheilvollster Weise beeinflussen. Allen Hader wollen wir fernhalten und mit neuem Vertrauen die Traditionen unserer Väter hochhalten.



Machtkampf in Rußland.

Der Bürgerkrieg soll ausgebrochen sein.

So wollen die letzten Meldungen aus Petersburg behaupten. Doch da der Ausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates die Telegraphenämter besetzte, ist genaue Aufklärung erst später zu erwarten.

Fest steht aber, daß das revolutionäre Proletariat in Petersburg den Kampf um die Macht aufgenommen hat.

Das ist nach der Auffassung der maximalistischen (konsequenten revolutionär-sozialistischen) Führer zur Notwendigkeit geworden, weil die Regierung sachlich immer mehr in das Fahrwasser der bürgerlichen Kriegspolitiker und Imperialisten geriet. Kerenski treibt eine Täuschungspolitik. Er gibt vor, die Revolution zu retten, wirkt aber durch seine Militärpolitik kriegsverlängernd und will nicht die Kraft finden, die verbündeten Ententemächte dem Frieden geneigt zu machen. Praktisch deckt sich schließlich seine unheilvolle Politik mit dem Programm der Kadetten und der Militärpartei, die eine bürgerlich-kapitalistische Republik mit ungeheurer Militärmacht wollen und zu diesem Zwecke den Krieg bis zum „Siege" zu verlängern streben. Jeder Tag Kriegsverlängerung soll zugleich das revolutionäre Proletariat schwächen, verwirren und spalten.

Diesen Tendenzen mußte der entschiedene Teil der Sowjets entgegentreten. Skobelew wurde zum Vertreter auf der Pariser Alliiertenkonferenz gewählt, aber es zeigte sich bald, daß er und sein Anhang keine kraftvolle Aktion für sofortigen Friedensschluß zustandebringen können. Skobelew steht im Sowjet „in der Mitte". Da sah der linke Flügel des Petersburger Sowjets, den Trotzki, Lenin, Zinowjew führen, keinen andern Ausweg, als zu handeln, um den unlösbar scheinenden Knoten zu durchhauen. **Der Militärausschuß des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates versucht, die Gewalt zu ergreifen.** Er hat im Petersburger A- und S-Rate wohl eine sichere Mehrheit, ob dies auch im Zentralrate der vereinigten A- und S-Räte ganz Rußlands der Fall ist, lassen die Meldungen nicht erkennen. Bisher schien es nicht der Fall zu sein.

Es muß sich nun zeigen, wie sich das Militär entscheiden wird. Zweifellos werden größere Teile der Truppen dem Militärausschuß des A- und S-Rates folgen. Die Regierung will nach Erklärungen Kerenskis den Kampf aufnehmen und baut auf die militärischen Oberbefehlshaber. Die Rußki, Bruffilow, Alexejew usw. werden freilich gegen die Militärmacht des revolutionären Proletariats anstürmen wollen, aber nicht etwa für die demokratischen Ziele, die Kerenski mit seiner Gruppe zu verfolgen vorgibt, sondern für eine Militärdiktatur ihrer eigenen Kaste oder der Bourgeoisie. Sie beseitigten schon den Kriegsminister Werchowski, der ihnen zu „proletarisch" fühlte. Ob Kerenski bei diesem Ansturm von beiden Seiten seine Macht retten kann, steht sehr dahin. Der Entscheidungskampf geht letzten Endes zwischen Links und Rechts, zwischen sozialistischem Proletariat und kapitalistischer Bourgeoisie, zwischen Friedensschluß und Kriegsverlängerung. Das Elend des russischen Volkes, die Not der Arbeiterklasse heischt Friedensschluß und Sicherung der demokratischen Republik. Die Dinge müssen unbedingt einmal bis zu dem Punkte, wo das sozialistische Proletariat den Kampf um die Macht aufnehmen mußte, wenn anders seine Lebensbedingungen nicht auf Jahrzehnte hinaus wieder erdrosselt und verschüttet werden sollten. Dem Anscheine nach ist dieser Zeitpunkt gekommen und auch der Kampf aufgenommen worden. Die Weiterentwicklung der Dinge läßt sich in keiner Weise vorhersehen.

Die Meldungen.

Petersburg, 7. November. **Nach einer Meldung der P. T. A. hat der militärische Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates infolge militärischer Maßnahmen des Militärgouverneurs von Petersburg die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes abgebrochen und seinen Truppen den Befehl gegeben, der Regierung nicht zu gehorchen. Gegen 5 Uhr abends gaben die Regierungsbehörden den Befehl, die Brücken zwischen dem Arbeiterviertel und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören. Die Stadt wird von den der Regierung treuen Truppen militärisch bewacht.**

Petersburg, 6. November. Im Rat der Republik hielt Ministerpräsident Kerenski folgende Rede: „Die Aufhetzungsversuche gehen von zwei Seiten aus, von der äußersten Linken und von der äußersten Rechten, und kommen in den Artikeln des Staatsverbrechers Lenin zu Wort, der der Justiz spottet. Nun nützen diese Anstrengungen, gleichviel, ob mit Bewußtsein oder ohne, nicht dem deutschen Proletariat, sondern den Schichten, die Deutschland beherrschen, denn sie fragen dazu bei, unsere Front den Truppen des Kaisers und seiner Freunde zu öffnen. Die Militärgewalt konnte die Forderungen des Ausschusses nie als gesetzlich anerkennen und forderte von ihm Zurücknahme seiner Befehle. Der Ausschuß eröffnete zum Schein Verhandlungen und zeigte sogar Neigung zur Verständigung, aber gleichzeitig begann er heimlich Waffen und Patronen an die Arbeiter zu verteilen. Dies ist der Grund, warum ich einen Teil der Bevölkerung von Petersburg als aufständisch ansehe. Ich habe sofort die Eröffnung einer Untersuchung und Vornahme der notwendigen Verhaftungen befohlen. Die Regierung wird lieber den Tod erleiden, als auf die Verteidigung von Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit des Staates verzichten. Die Parteien, welche es wagen, in diesem Augenblick die Hand gegen den Willen des freien russischen Volkes zu erheben, drohen gleichzeitig, den Deutschen die Front zu öffnen. Alle Handlungen dieser Art sind sogleich zu unterdrücken!"

Nach anderweitigen Meldungen soll in einem Ministerrat, der unter Zuziehung hoher Militärs in einer der letzten Nächte im Winterpalast stattfand, beschlossen worden sein, beim ersten Anzeichen mit aller Schärfe einschließlich Waffengewalt vorzugehen. Um 5 Uhr nachts habe Kerenski, nachdem er die Vollmacht hierzu erhalten hatte, die Wachen vor dem Winterpalast verstärken lassen. Auch Kanonen seien herangeschafft worden.

Petersburg, 7. November. (Reuter.) Eine Abteilung Marinesoldaten unter dem Befehl des revolutionären Ausschusses der Maximalisten besetzten die Geschäftsräume der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur, die Telegraphenzentrale, die Staatsbank und das Marineministerium, wo der Rat der Republik (Vorparlament) tagt, dessen Sitzungen angesichts der Lage aufgehoben wurden. Bis jetzt wurden keine Unruhen gemeldet, mit Ausnahme einiger Fälle von Apachentum.

Straßenkämpfe?

Berlin, 8. November. Ein Berliner Blatt meldet, es seien Straßenkämpfe in Petersburg ausgebrochen. Der Bürgerkrieg in der Hauptstadt sei nunmehr entbrannt. An vielen Stellen wurden Barrikaden gebaut und es kam bereits zu größeren blutigen Zusammenstößen zwischen der Volksmenge und den Truppen. In den Arbeitervierteln herrscht heller Aufruhr.

Vom Krisenspiel.

Die Einigkeit der vier Blockparteien soll erreicht und gesichert sein. Offiziös wird gemeldet:

Berlin, 7. November. In der heutigen Besprechung der vier Reichstagsfraktionen hat sich eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der Vorschläge zur Ueberwindung der Schwierigkeiten ergeben. Die Verhandlungen mit dem Reichskanzler dauern fort. — Weitere Meldungen besagen, daß auch mit dem Reichskanzler Einigkeit so gut wie erzielt sei. Die Fortschrittler wünschen ihren Minister bekommen, aber nicht je einen in der Reichsregierung und in der preußischen, sondern nur einen im Reiche, das heißt also einen Staatssekretär. Das soll wohl die Einigungsbrücke sein, auf der sich vier Blockparteien: Zentrum, Fortschrittler, Regierungssozialisten und Nationalliberale zusammen mit dem Reichskanzler fanden. Die Krisis gilt als im Grunde überwunden. Den Regierungssozialisten genügt ein Fortschrittler in der Regierung, um ihr die Unterstützung zu geben. Die vier Blockparteien werden als Regierungsparteien nun einträchtig weiter zusammen arbeiten.

Eine schwierige Frage ist noch die Frage Helfferich. Auf diesen Herrn soll nun einmal nicht verzichtet werden, obgleich die vier Blockparteien seine Entlassung fordern. Da erklärt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung kategorisch: Wiederholt ist die Behauptung aufgestellt worden, der Staatssekretär v. Kühlmann habe Mitgliedern des Reichstages die Zusicherung erteilt, Graf v. Hertling werde Herrn Dr. Helfferich entlassen und Herrn v. Payer an seine Stelle setzen. Die Behauptungen beruhen auf freier Erfindung. — Man kann also schließen, daß Helfferich bleibt — entweder als Vizekanzler oder in einem anderen wichtigen Amte.

So besagen die Meldungen. Man wird manches noch bezweifeln müssen, da die Besetzung der Posten noch nicht gemeldet ist. Doch dürfte richtig sein, daß man eine Einigung unter den vier Parteien erzielt hat. Ob Graf Hertling dieser Einigung beitritt, und wie er sie ausführt, steht wohl noch dahin. Die Regierung treibt ja nicht nur innere Politik — in welcher Hinsicht sie ja mancherlei ohne schwere Sorge versprechen kann —, sondern auch äußere. Und da kann sehr bald die Einigkeit wieder gesprengt werden. Man lese nur (weiter unten) die regierungssozialistische Stimme über die polnische Frage. Man dürfte bald erkennen, daß die Regierung in der Kriegspolitik auf ganz anderem Boden steht, als man bei den Regierungssozialisten so hoffnungsselig immer angenommen und behauptet hatte.

Soll im Osten annektiert werden?

Die Regierungssozialisten sind sehr aufgeregt darüber, daß sie schließlich doch noch zur Regierung Hertling in Opposition gedrängt werden könnten. Sie finden deshalb gegen die neuesten Pläne einige entschiedene Worte, wie die folgenden Ausführungen ihrer einflußreichsten Korr. beweisen. Es heißt da:

„Die politische Unruhe, die durch die ersten Schwierigkeiten der neuen Regierung Hertling hervorgerufen wird, verschärft sich ganz bedeutend durch Gerüchte, die über die Beratungen des letzten Kronrates in Umlauf gesetzt worden sind. Würden sich diese Gerüchte bestätigen, so müßten die Personenfragen, über die auch noch am Mittwoch voll Eifer verhandelt worden ist, für die Sozialdemokratie zu nichts zusammenschrumpfen. Denn eine Regierung, die ich zu einem Programm des Annektionismus bekennt, müßte für die Sozialdemokratie ein Gegenstand schärfster Bekämpfung sein, ganz gleichgültig ob zwei, ein oder gar kein Fortschrittler in ihr Platz nehmen.

Es wird behauptet, daß auf österreichischer Seite der ernste Plan besteht, den jungen Kaiser Karl zum König von Polen zu machen. Das neue Polen soll mit Galizien vereinigt und so an Stelle der bisherigen zweiteiligen Monarchie eine dreiteilige geschaffen werden. Für den Machtzuwachs der Habsburger sollen die Hohenzollern entschädigt werden, indem ihnen das „Großfürstentum Litauen" und das „Herzogtum Kurland" zugeschlagen werden soll.

Wie sich die deutsche Regierung zu diesen Plänen stellt, ist nicht bekannt. Würde sie ihnen zustimmen, so wäre das selbstverständlich ein vollkommener Bruch mit der Politik, die bisher unter der Devise „Uns treibt nicht Eroberungslust" betrieben wurde.

Was hier geplant sein soll, ist Annektion in ihrer schärfsten Form: Annektion noch vor dem Frieden. Solche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171108-13/fragment/page=0001

Annektionen sind schon deshalb ein politisch unverantwortlicher Akt, weil, solange der Krieg dauert, kein Mensch wissen kann, ob sie auch gehalten werden können. Die Annektion, die bei dem Friedensschluß erfolgt, hat wenigstens die äußere Form einer Verständigung. (?) Sie ist als Landabtretung und Einverleibung der Form nach ein beiderseitiger Willensakt. (?) Die Annektion eines besiegten Landes noch vor Friedensschluß bedeutet dagegen ein absolutes Diktat des Siegers und wirkt daher auf den betroffenen Gegner noch viel schärfer. Sie reizt ihn, seinen Revanchekrieg aufzunehmen, noch ehe der Eroberungskrieg des andern abgeschlossen ist. Ganz abgesehen von der grundsätzlichen Frage der Macht- oder der Rechtspolitik muß daher eine während eines unabsehbaren und noch unentschiedenen Krieges vorgenommene Annektion als ein Akt der höchsten politischen Unklugheit bezeichnet werden.

Würde die deutsche Regierung diesen Weg gehen, so könnte nicht die Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie auch nur einen Schatten von Mitverantwortung mit ihr tragen wollte. Die Sozialdemokratie müßte dann eine Stellung einnehmen, die niemanden über ihre schärfste Verurteilung einer solchen Regierungspolitik im Zweifel lassen könnte. In den Kreisen des Reichstags hat man aber von der unglücklichen geplanten reaktionären Schwenkung der deutschen Politik bisher kein Sterbenswort erfahren. Es läßt sich nicht gut denken, daß man auch diesmal wieder beabsichtigen sollte, den Reichstag vor vollendete Tatsachen zu stellen. Denn dann wäre die Methode, mit der jene neue Politik in Szene gesetzt werden würde, nicht minder verurteilenswert als sie selbst. Eine Klärung dieser Angelegenheit, hie, um es nochmals zu sagen, viel wichtiger ist als alle Personenfragen, darf wohl in kürzester Frist erwartet werden.

*

Was wird über Polen verfügt?

Eine Vereinigung Polens mit Oesterreich-Ungarn?

Ueber den Kronrat, der am 5. November im Schloß Belle-vue stattfand, am Jahrestage der Zweikaiser-Proklamation, die die Selbständigkeit des damaligen Königsreichs Polen wiederherstellte, erfährt das B. T.: Der Hauptgegenstand der Beratungen des Tages ist, wie schon gesagt, die endgültige Lösung der polnischen Frage gewesen. Dem Vernehmen nach sind dabei die österreichischen Anregungen beraten worden, die auf eine Personalunion und eine eventl. Wahl des Kaisers von Oesterreich und König von Ungarn auch zum König von Polen hinauslaufen. Das Gebiet des neuen Königreichs soll angeblich durch Teile von Litauen, insbesondere das geschichtlich zu Polen gehörende Gouvernement Suwalki abgerundet werden. Außerdem soll Polen die sogenannte „freie Flagge", mit anderen Worten das Recht der unentgeltlichen Schiffahrt auch auf der deutschen Weichsel erhalten. Die Erwägungen sind noch nicht abgeschlossen. Graf Czernin dürfte seinen Aufenthalt in Berlin noch verlängern. Mit den österreichisch-ungarischen Anregungen werden anscheinend verschiedenartige deutsche Vorschläge in Verbindung gebracht, die gleichzeitig zur Entscheidung gelangen dürften.

Ein anderes Blatt meldet, die Grundlagen einer Verständigung gehen dahin, daß das eroberte Polen zwar nicht der österreichisch-ungarischen Monarchie zugeschlagen, aber nach vorheriger Vereinigung Galiziens mit Kongreßpolen wieder mit dem österreichisch-ungarischen Staate durch Personalunion verbunden wird, so daß Kaiser Karl König von Polen würde. Dafür wird Deutschland in den nördlich angrenzenden Gebieten, also vornehmlich in Kurland und Litauen, seine eigenen Pläne verfolgen können.

Würzburger Reformation

Ueber die Situation nach dem Parteitage der Abhängigen wird uns geschrieben:

Parlamentarier und Angestellte bildeten die „überwiegende Mehrheit" in Würzburg. Die Wahl der Delegierten erfolgte überall durch schwachbesuchte Versammlungen oder durch verhältnismäßig wenige Wähler. Die Feldgrauen fehlen ganz. Was da in Würzburg die Kreditbewilligung und Landesverteidigung im Sinne Davids billigte, ohne sich mit auch nur einem Worte über die Budgetbewilligung, und damit über den flagranten Vorstoß gegen einen der bedeutendsten Beschlüsse früherer Parteitage zu äußern, hatte sich längst als Abgeordneter, Gemeindeausschußmitglied, Parteisekretär oder Gewerkschaftsangestellter zur Politik des 4. August bekannt. Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei nach Würzburg zu kommen, war für diese Gefolgschaft des Rumpfparteivorstandes und der Generalkommission unter dem Ausnahmezustand des Krieges eine Kleinigkeit. Aus Orten mit weit über Zehntausenden von Mitgliedern kamen früher nur radikale Delegierte. Diesmal schickten Sonderorganisationen mit längst nicht so viel Hunderten von Mitgliedern, die ausgesprochensten Gegner der früheren Parteitaktik als Vertreter nach Würzburg.

Die Pflicht der Landesverteidigung, die sie Scheidemann und David definieren, wurde zum alles beherrschenden Dogma erhoben. Kein Wort davon, daß wir seit einer Reihe von Jahren in der Aera neuer Kolonialkriege leben und daß Begriffe wie Angriffs- und Verteidigungskrieg zur Zeit der Weltwirtschaft ihre alte Bedeutung längst verloren haben. Dem bürgerlichen Staatsbegriffe wurden Konzessionen gemacht, die wie Hohn auf alles anmuten, was Marx und Engels uns über das Wesen des Staates und das Verhältnis der Proletarier zu ihm gelehrt oder was der beredte Mund eines August Bebel den Arbeitern darüber vielhundertfach verkündet hat. Vor einem Auditorium, wie es in Würzburg zusammensaß, hätte Lensch weit ungenierter noch als er es wagte, für die Kriegspolitik sich ins Zeug legen können, zumal er nicht zu befürchten brauchte, daß Heinrich Cunow ihm und seinesgleichen (wie noch im März 1914 im „Vorwärts") erwidern würde:

„Ganz unbegreiflich ist mir aber, wie einige Mitglieder unserer Reichstagsfraktion in der (Ruanda) Bahn eine große Kulturtat sehen und von einer Wandlung in der Kolonialpolitik träumen können. Ich gestehe offen, daß ich bisher nicht gewußt habe, die Schaffung günstiger Gelegenheiten zu profitabler Kapitalanlage oder die Ueberleitung überseeischer Handelsgeschäfte aus „internationalen" in sogenannte „nationale" Hände oder die Belajung der Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete mit hohen Steuern gehöre auch zu den Kulturaufgaben der deutschen Sozialdemokratie."

„Wandlungen", von denen im März 1914 selbst ein Lensch noch nicht einmal träumte, sind inzwischen auch bei Cunow zu Wirklichkeit geworden, und nirgends wurde das deutlicher als auf dem Würzburger Parteitag. Und welche Wandlungen wurden dort den Cunow obendrein noch in Aussicht gestellt, als er von dem Zukunftsprogramm seiner Partei sprach. Daß er sich Hintertüren offen ließ, durch die er, wenn es sein muß, ohne Beschwer Arm in Arm mit Lensch und Scheidemann oder Peus spazieren kann, war wohlte das diesem Manne der Wissenschaft verdenken. Hat wie tröstlich für die Kolb und Peus — oder auch wie völlig schuppe ist es ihnen —, daß die Politik der Scheidemann und David trotz alledem theoretisch nicht im Widerspruch zum wahren Marxismus steht, wie Cunow ihn auffaßt.

In der Tat: die Politik unter die der Würzburger Parteitag sein Siegel setzte, ist jene „Arbeiterpolitik", nach der das Sehnen gewisser Gewerkschaftsführer schon lange ging, wie jeder weiß, der sich erinnerte, daß der verstorbene v. Elm bereits vor langen Jahren in der Neuen Zeit recht deutlich davon sprach. Diese Politik wird freilich nie die Massen der Arbeiter befriedigen, um so mehr aber Leute, die nun schon über drei Jahre als berufene Sachwalter sich gebärden. Wie trefflich hat doch August Bebel viele dieser Sachwalter gekannt. Und wie sehr hat er ihnen leider die Wege ebnen helfen, als er es in Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen in Magdeburg bei den Worten bewenden ließ:

„Ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun. Demokratisches Mißtrauen und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. Seht den Führern auf die Finger, seht auch euren Redakteuren auf die Finger."

Lebhafter, ja stürmischer Beifall verzeichnet das Protokoll des Magdeburger Parteitages hinter diesen Worten. Bebel hatte gewisse Leute bis ins Innerste erkannt, er hat den Unterstaatssekretär Dr. August Müller sozusagen geadnt, als er von jenen sprach, die da gern Geheimrat werden möchten. Der Würzburger Parteitag hat seine Worte mit neuem Leben erfüllt. Lebhaft ruft er in Erinnerung, was ein anderer, den man in Würzburg bereits als „toten Hund" wertete, im Jahre 1910 schrieb. In Würzburg sprach Philipp Scheidemann davon, weit mehr nach dem Kriege als vor ihm schien stünden wir vor einem „gewaltigen Problem", vor einer Aufgabe, „die selbst die Mutigsten schrecken könnte, wenn dem Proletariat die politische Macht zufiele". Fürchtet dieser Sozialist also nicht geradezu, daß wir in nächster Zeit schon zu dieser Macht gelangen könnten? Er freilich, tut er das! Weshalb wollen er und seine Helfershelfer sich als die Staatsmänner aufspielen, die verhüten, daß das Proletariat zu früh zu Macht gelange. Auf wen solche Staatsmänner und ihre Blockpolitik mit bürgerlichen Parteien oft aber (und niemals galt es mehr als gegenwärtig), was Karl Kautsky in seiner Schrift Der Weg zur Macht über die Gefahren der Blockpolitik mit bürgerlichen Parteien schrieb. Er nannte es politischen und moralischen Selbstmord. Und weiter meinte er:

„Besorgte Freunde befürchten für die Sozialdemokratie ein vorzeitiges Gelangen zur Staatsmacht durch eine Revolution. Aber wenn es für uns ein vorzeitiges Gelangen zur Staatsmacht gibt, so ist es die Gewinnung eines Anscheins von Staatsmacht vor der Revolution, das heißt, ehe das Proletariat die wirkliche politische Macht errungen hat. Solange dies nicht gelungen, kann die Sozialdemokratie zu einem Anteil an der Staatsmacht nur dadurch gelangen, daß sie einer bürgerlichen Regierung ihre politische Kraft verkauft. Das Proletariat als Klasse kann dadurch nie gewinnen, sondern im besten Falle nur die Parlamentarier, die das Verkaufsgeschäft abschließen. Wenn die Sozialdemokrate das Mittel ist, das Proletariat zu befreien, der muß sich derartiger Teilnahme seiner Partei an der herrschenden Korruption auf das entschiedenste widersetzen. Wenn es ein Mittel gibt, uns das Vertrauen aller ehrlichen Elemente in den Massen zu rauben, uns die Mißachtung aller kampffähigen und kampflustigen Proletarierschichten zuzuziehen, unseren Aufstieg zu hemmen, dann besteht es in der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Blockpolitik. Gedeihen würden dabei nur jene Elemente, denen unsere Partei nichts ist als die Leiter, um persönlich höher zu kommen, Streber und Aemterjäger. Je weniger solcher Elemente wir an uns ziehen, je mehr wir davon abstoßen, desto besser für unseren Kampf."

Man laße sich nicht durch den Einwand blüffen, der Krieg habe die Sachlage geändert; was vor ihm geordnet haben möge, das gelte nach ihm nicht mehr. Es gilt vielmehr nach ihm erst recht. Der Krieg ist ja nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Das Wesen der Politik der herrschenden Klassen ist unverändert geblieben, folglich muß auch die proletarische Politik im Wesen unverändert bleiben. Daß aber die abhängige Sozialdemokratie seit dem 4. August eine andere Politik macht, als sie vor dem Kriege von ihr betrieben wurde, haben ja in Würzburg die Scheidemann, David, Lensch rückhaltlos zugegeben. Das kann auch gar nicht mehr bestritten werden. Peus hatte wahrhaftig allen Grund, über die veränderte Sachlage zu jubilieren, und Kolb erhielt nicht umsonst eine beachtenswerte Anzahl von Stimmen, als er für eines der früher wichtigsten Parteiämter kandidierte.

Schmähungen gegen die Unabhängigen gehörten natürlich zu diesem Vorspiel. Der Haß des Renegatentums macht sich so in gleicher Weise immer Luft. Weder diese Schmähungen noch der ideologische Nebel, in den die Sozialimperialisten die Köpfe der Arbeiter zu hüllen sich bemühen, können hindern, daß die Erkenntnis dessen, was ist, schließlich durchdringt.

Die zunehmende Konzentration des Kapitals, das katastrophale Schwinden des Mittelstandes, der zu erwartende Sturz der Löhne in Verbindung mit vielem anderen, was der Krieg im Gefolge haben wird, muß den Proletariern zum Bewußtsein bringen, wodurch die in Würzburg sanktionierte Politik sich von dem unterscheidet, was die Unabhängige Sozialdemokratie unter Vertretung der proletarischen Klasseninteressen betreibt. Jeder Arbeiter, der sich dieses grundlegenden Unterschiedes bewußt geworden, wird auch einsehen, daß die Spaltung der Partei notwendig war, und daß eine Einigung, eine Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes nur möglich ist, wenn sie aus den Massen heraus erwächst. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird dem rechten proletarischen Denken und Fühlen den richtigen Ausdruck geben. Man wird begreifen, daß es die größte politische Torheit ist, zu verlangen, dem Imperialismus Gefolgschaft zu leisten und sich zum Zwecke der „Einigung" den Mehrheitsbeschlüssen jener Leute zu unterwerfen.

Auseinanderstrebende Elemente können sich nicht vereinigen. Wie die Scheidemänner in den Block mit den bürgerlichen Parteien gehören, so die Masse der Arbeiter in die Gefolgschaft der Unabhängigen Sozialdemokratie. Jeder, der sich zu ihr zählt, muß die Ergebnisse des Würzburger Parteitags rührig in jedem Wirkungskreise, der sich ihm bietet, auf die die Frankfurter Zeitung das hellste Licht warf, als sie schrieb:

„Niemals früher hätte ein erster Führer der Sozialdemokratie so wie Scheidemann reden können, ohne zerrissen zu werden. ... Peus, mit einer Stimme wie Röhll, rief in den Saal, daß nun die Tore weit offen ständen für freie Arbeit."

Ueberzeugender konnte die Existenzberechtigung der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht erwiesen werden als durch den Parteitag in Würzburg. Es gibt in Deutschland nur eine sozialdemokratische Partei, die U. S. P., und eine pseudosozialistische, eine nationalsoziale, die des Herrn Scheidemann!

U. Z.

Ein Friedensversuch mißglückt.

Die englische Bourgeoisie will noch keine Verständigung.

Das englische Unterhaus beriet am Dienstag über folgenden Antrag der Friedensfreunde aus der liberalen und der Arbeiterpartei:

„Das Haus ist der Ansicht, daß, wenn zufriedenstellende Bürgschaften für die Unabhängigkeit und Wiederherstellung von Belgien und auch für die Räumung der anderen besetzten Gebiete gegeben werden können, keine Hindernisse errichtet werden sollen auf dem Wege zu Vorverhandlungen und einer Verständigung über den Frieden. Dieser Friede müßte die elsaß-lothringische Frage in billiger Weise regeln und eine Maschinerie schaffen, welche Kriege in Zukunft verhindert."

Der Antrag wurde mit 282 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Für die englische Regierung sprach Balfour. Er bestritt, daß ein Geheimvertrag über den Raub des linken Rheinufers mit Frankreich bestünde. Selbstverständlich kämpfe England mit dafür, daß Frankreich Elsaß-Lothringen zurückerhalte, aber einen besonderen Rang unter den Kriegszielen nehme dieses Ziel nicht ein. Auch sei die Entente davon entfernt, eine an parlamentarischer Regierungsweise oder sonst an Deutschlands inneren Verfassungszuständen starken Anteil zu nehmen.

Nordischer Friedenskongreß.

Ein nordischer Friedenskongreß wird in Christiania in den Tagen vom 3. bis 4. Dezember stattfinden. Jedes der skandinavischen Länder schickt dazu 25 Delegierte. Die Tagesordnung des Kongresses behandelt u. a. die Gründung einer nordischen Friedensorganisation und die nordische Arbeit zur Gründung eines Staatenbundes.

Aus Amerika.

Die offiziösen Deutschen Kriegsnachrichten, die im Kriegspressearmt zusammengestellt werden, teilen folgendes mit:

„Von der Ententepresse so viel und so erhebendes zu melden weiß, und zum Teil recht sonderbare Nachrichten zu uns gekommen. Zwerlässige Berichte der jüngsten Zeit besagen, daß bittere Enttäuschung über die verderbliche Kriegspolitik Wilsons dauernd an Umfang zunimmt. Man nennt ihn offen den bezahlten Agenten Englands. Die Kriegsstimmung gegen Deutschland ist von der Presse und Regierung künstlich mit den unglaublichsten Lügen und Verdächtigungen erzeugt worden. Bei der Durchführung der Wehrpflicht, der man sich teilweise mit Waffengewalt widersetzt hat und bei der Einschiffung der ersten Truppen nach dem europäischen Kriegsschauplatz ereigneten sich Schreckensszenen, Meutereien und blutige Zusammenstöße. Wilson, der Knecht der Milliardäre, muß England, koste es was es wolle, zu Hilfe eilen, sonst geht der Hauptschuldner Amerikas und mit ihm die der Entente gehörigen Gelder verloren. Für diese Zwecke werden letzten Endes amerikanische Bürger als Kanonenfutter für die Entente exportiert. Auch das amerikanische Volk wird das einsehen. Und es wird, so hoffen wir, dereinst der Tag kommen, wo mit dem amerikanischen Volke die vielen Millionen der um schnöden Gewinn geopferten, verstümmelten, in tiefstes Leid versetzten Menschen aller kriegführenden Nationen Rechenschaft von jenem Woodrow Wilson fordern, der Menschlichkeit und Menschenwürde für Geld verschacherte und der den Bolkermord verlängerte, um seine Geschäftsgutbaben zu sichern. Der Fluch der Menschheit wird ihn und sein Andenken begleiten."

Neuyork, 6. November. Es verlautet, daß die Regierung wegen der vielen Brandstiftungen und Anschläge auf Transportschiffe das ganze innerhalb hundert Kilometer von der Küstenlinie gelegene Gebiet als verbotene Zone für feindliche Untertanen erklären wolle. Davon würden viele tausend Deutsche betroffen werden. Es heißt, daß der Beschluß auch auf die Küstengegend der großen Seen ausgedehnt werden soll.

U-Boote bei Amerika. Washington, 7. November. Amtlich. Das amerikanische Patrouillenfahrzeug Alcedo wurde am Montag in der Kriegszone von einem U-Boot versenkt. Ein Offizier und 20 Mann werden vermißt.

Versenkungen. Berlin, 7. November. Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: 14 Dampfer, zwei Segler mit rund 44000 Tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten tiefbeladenen englischen Kriegsmaterial-Transporter Pera (7685 Tonnen) und Collegian (7287 Tonnen) sowie der bewaffnete italienische Truppentransporter Valparaiso (4930 Tonnen), der samt dem ihn sichernden italienischen Hilfskreuzer Porto Maurizio auf der Reede von Marsa Susa (westlich Derna) versichtet wurde. Versuche der feindlichen Schiffahrt, sich mit längerer werdender Dunkelheit durch nächtliches Fahren unseren U-Booten zu entziehen, blieben erfolglos. Mehrere der versenkten Dampfer wurden in Nachtangriffen, andere aus ungewöhnlich stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. (Amtlich.)

Die englischen Schiffsverluste. In der Sitzung des englischen Oberhauses erklärte am 1. November Lord Beresford: Die Gesamtverluste an Schiffen der Engländer, Verbündeten und Neutralen durch Minen und U-Boote 1917 betrugen etwas über fünf Millionen Tonnen. Dazu kamen vom August 1914 bis Januar 1917 vier Millionen Tonnen. Durch Hilfskreuzer wurde 1917 ein Verlust von 160 000 Tonnen verursacht. Der Gesamtverlust von 1917 beträgt 7,92 Millionen Tonnen. Bis Ende 1917 können von England, seinen Verbündeten und den Neutralen etwa drei Millionen Tonnen neu gebaut werden. Der Stand ist Anfang 1918 also fünf Millionen weniger als 1916. Er empfahl die sofortige Rationierung der Lebensmittel.

Kein Verhandlungsangebot an Frankreich.

Die deutsche Regierung erklärt in der Nordd. Allg. Ztg., daß die Behauptungen über Verhandlungsanbahnungen mit Frankreich (durch Briand) Fabel seien.

Politische Uebersicht.

Michaelis und Hertling.

Die Baseler Nationalzeitung kann sich mit Recht darauf berufen, daß auch sie die derzeitige Ernennung des Herrn Dr. Michaelis zum Reichskanzler von vornherein für ein Provisorium gehalten hat. Wie das übrige Ausland dieses Kanzler-Intermezzo bewertete, ist auch hinreichend bekannt. „Seine unbestrittene Domäne sind die Kartoffeln, nicht die Weltpolitik", so war damals in dem Baseler Blatt zu lesen. Ebenso klug und vorsichtig beurteilt es die neue Kanzlerschaft Hertlings, und das ganze Drum und Dran, was sie uns bereits beschert. Ueber die Folgen, die der Kanzlerwechsel und die Mitwirkung des Reichstags hierbei für die auswärtige Politik haben können, urteilt das neutrale Blatt so:

„Freilich wird der Beweis erst zu erbringen sein, daß jene Vertrauensmänner des Reichstags nicht bloß die Verantwortung übernehmen durften, sondern daß sie auch tatsächlich regieren und nicht bloß die Figuren der Einflußreichen und einer höfischen Kamarilla sind. Davon wird bei längerer Kriegsdauer unendlich viel abhängen, ob der feindlichen Welt die Ueberzeugung beigebracht werden kann, daß ein Deutschland geschaffen wurde, das sich selbst regiert. Denn darin läge eine Beruhigung und ein gewisser moralischer Erfolg für die Entente, der ihr immerhin ein Einlenken, von dem vorerst leider noch keine Spur zu erkennen ist, erleichtern würde."

In seiner inneren Politik wird Graf Hertling als Opportunist bezeichnet, der sowohl in der deutschen Neuorientierung, wie in der elsaß-lothringischen Frage zuerst Schroffheiten zu vermeiden sucht, — ja die Neuorientierung, die Demokratisierung und eigentliche Parlamentarisierung möglichst unentschieden lassen möchte.

„Immerhin kommt nach einem Beamten ein Politiker in die Reichsleitung, allerdings ein alter und verbrauchter Mann, aber doch eine Persönlichkeit, die gegenüber den Einflußreichen und den Hofkreisen ein gewisses Gegengewicht erwarten läßt. Ein schüchterner Schritt nach vorwärts ist also doch endlich gewagt worden, weil er gewagt werden mußte, und das Tempo der deutschen Verbürgerlichung würde zweifellos rascher werden — im Frieden, wenn das Militärische zurücktritt und wenn im Interesse der Verbindung Deutschlands mit der Welt das andere neue Deutschland sich unzweifelhaft als vorhanden zeigen muß."

In der Schweiz bezweifelt man schließlich, daß Graf Hertling der Mann ist, der den Frieden unterzeichnen wird. Man sieht weitere Kämpfe voraus. — „Kämpfe, die kein parlamentarischer Taktiker und kein katholischer Konservativer, sondern nur ein entschlossener, kühner und großzügig denkender Mann wird bestehen und beendigen können; ein Mann der Zukunft, nicht der Vergangenheit."

Gegen den Belagerungszustand.

Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Breslau beschloß angesichts der wachsenden Zahl der Versammlungsverbote auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung die Frage zu stellen, ob zum Protest alle Ehrenämter in der Kriegsfürsorge und der Kriegswirtschaft niedergelegt werden sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171108-13/fragment/page=0002

Kleine politische Nachrichten.

Oberbürgermeisterwahl in Leipzig. In der gestrigen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten wurde der Stadtverordnetenvorsteher Oberjustizrat Dr. Rothe mit 84 gegen 17 Stimmen, die auf Bürgermeister Roth fielen, zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig gewählt.

Ein Militarist für Abrüstung.

Der Kriegshistoriker der Berliner Universität, Professor Hans Delbrück, glaubt an die Notwendigkeit der Abrüstung wegen der besonderen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach dem Kriege. Er schreibt in den Preußischen Jahrbüchern:

„Ich bin für die Abrüstung, weil erstens, wenn sie nicht kommt, die wirtschaftlichen Lasten jetzt in der Tat sehr groß werden müssen. Die Kosten selbst werden sehr viel größer sein als vor 1914 und die Volkswirtschaft ist ohnehin mit der Verzinsung der Kriegsschulden schon fast überbürdet. Zweitens für die Abrüstung, weil ich hoffe und glaube, daß der Krieg am Schlusse Verhältnisse schaffen wird, die auf lange hinaus sich friedlich erhalten lassen und erhaltenswert sind. Ich bin drittens für die Abrüstung, weil Deutschland bei gleichmäßiger Einschränkung aller Staaten zu Lande und zu Wasser weniger bedroht ist als andere und deshalb der Welt die Wohltat nicht versagen darf."

Dieses Bekenntnis zur Abrüstung ist deshalb besonders eindrucksvoll, weil der Verfasser gegen die grundsätzlichen Pazifisten lebhaften Widerwillen hegt und den Krieg als eine „motorische Kraft der menschlichen Entwicklung" feiert.

Die Gewerkschaften schließen sich dem sog. „Volksbunde für Freiheit und Vaterland" an!

Die J. K. meldet: In der jüngsten Konferenz von Vorstand, Ausschuß und Beirat des Bauarbeiterverbandes wurde debattelos und einmütig der Anschluß an den Volksbund für Freiheit und Vaterland, den die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt, beschlossen. Es wurde mitgeteilt, daß der Volksbund keine neue Partei sein will. Er soll vielmehr die Arbeiter-, Beamten- und Angestellten-Verbände aller Richtungen und andere wirtschaftliche Organisationen des arbeitenden und schaffenden Volkes zum Kampfe für den freiheitlichen Ausbau Deutschlands und die baldige Herbeiführung eines glücklichen Friedens zusammenfassen. Die Gründungsversammlung des Volksbundes, für den sich Organisationen mit mehr als zehn Millionen Mitgliedern interessieren, soll in der nächsten Woche endgültig vollzogen werden.

Soweit die Meldung. Diesem neuen „vaterländischen" Gebilde wird man bald seine Aufmerksamkeit schenken müssen. Ob hier die Arbeiter erneut mißbraucht und von ihrem sozialdemokratischen Kampf um Befreiung des Proletariats abgelenkt werden sollen?

Neue raffinierte Ausbeutungsmethoden.

Nach dem bekannten Taylor-System hat jetzt der rücksichtslosete Kapitalismus der Welt, der amerikanische, schon wieder eine neue Methode ausgekklügelt, die Ausbeutung der Arbeiter zu befestigen, und die europäischen Kapitalisten stürzen sich mit Eifer darauf, sie nachzuahmen. Es handelt sich um die Einrichtung sogenannter Interessenkontore, deren Wesen in einer Art Vormundschaft über Beamte und Arbeiter des Unternehmens besteht. Jeder Angestellte muß angeben, wie hoch seine Ausgaben für Miete, Steuern, Versicherung und Vereinsabgaben sind, und diese werden dann von der Unternehmung als fester Lohnbestandteil getragen. Eine Versammlung dänischer Großindustrieller und Großkaufleute in Kopenhagen fand begreiflicherweise diese Idee überaus glücklich und ernannte einen Ausschuß, der prüfen soll, ob ein solches Interessenkontor am besten für jeden einzelnen Betrieb oder als gemeinsame Einrichtung der industriellen Kreise geschaffen werden soll.

Zuschlag zum Eisenbahngütervkehr. Amtlich wird angekündigt, daß alsbald zu den Tarifen für den Güterverkehr auf den Eisenbahnen ein Kriegszuschlag erhoben werden wird. So verteuert man planmäßig den Verkehr, wodurch die Lebensmittel noch weiter im Preise steigen. Die Volksmasse muß es bezahlen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Unsere Bewegung in Köln. Aus Köln wird der Erfurter Tribüne geschrieben: Die Unabhängige Partei macht auch im schwarzen Köln, das äußerlich noch eine Stütze des Regierungssozialismus ist, schöne Fortschritte. Seit langem war Köln unter der Führung Meerfelds eine Hochburg des Opportunismus. Heute ist neben ihm der früher so radikale Sollmann die Hauptsäule der Abhängigen. Selten hat ein Mensch so gründlich „umgelernt" wie er, selten ein „Führer" die Arbeiter so enttäuscht. Daß auch die Kölner denken lernen, zeigte die Versammlung der Unabhängigen Partei am vergangenen Sonntag, die schon etwa 500 Personen zählte. Dabei steht in Köln kein einziger der Partei- oder Gewerkschaftsangestellten bei uns! Genosse Dr. Erdmann sprach über die Frage: „Wie lange noch?" Treffend zeigte er die Haltbkeit und Klägkichkeit der regierungssozialistischen Friedenspolitik, und stürmische Zustimmungsrufe aus der Versammlung gaben ein klares Bild der Stimmung der Besucher. Viele alte Genossen traten unserer Partei bei. Die Kölner Abhängigen waren diesmal fern geblieben. Sie hatten Wichtigeres zu tun. Zu gleicher Stunde stellten sie sich in eigener Versammlung als zukünftige Stadträte von Zentrumsmanden vor. Die bürgerlichen Parteien haben den Regierungssozialisten, die sich ja seit drei Jahren durchaus „gut geführt" haben, drei Sitze gnädigst überlassen. Und unsere Herren hinken tatsächlich auf den Krücken des Dreiklassenwahlrechts „burgfriedlich" Arm in Arm mit dem volksfeindlichen Zentrum und den liberalen Bourgeois in den Stadtrat, amstatt durch einen frisch-fröhlichen Wahlkampf die ganze Erbärmlichkeit des Dreiklassenwahlrechts den Kölner Arbeitermassen wieder vor Augen zu führen und unsere gesamten Forderungen in breitester Oeffentlichkeit zu vertreten. Und das nennt man dann noch sozialistische Klassenkampfpolitik! Es ist selbstverständlich, daß wir ein solches Trauerspiel, das uns in der Vertretung unseres Klassenstandpunktes hindert, nicht mitmachen. Unsere Versammlung beschloß gegen vier Stimmen, unseren Freunden strikte Wahlenthaltung zu empfehlen.

Kleinarbeit.

Auf dem österreichischen Parteitage sagte Dr. Max Adler über das Wesen der Kleinarbeit:

„Ohne den immerfort lebendigen Geist des Sozialismus in der Kleinarbeit, die wir nicht unterschätzen, ist uns diese Kleinarbeit keine Arbeit im Dienste des Sozialismus. Ohne diesen Geist führt diese Kleinarbeit durchaus nicht zum Emanzipationskampfe des Proletariats, sondern führt dazu, einen Geist der bloßen Arbeiterpolitik, einen Geist der bloßen Opportunitätspolitik zu züchten, der auf nicht anderes hinausgeht, als jeden Moment kleine Vorteile für die Arbeiterschaft zu erzielen, ohne aber den großen Zusammenhang des Lebens der Arbeiterschaft in der kapitalistischen Gesellschaft zu überwiegen. Aber was machen Sie mit großen und starken Reihen, wenn das lauter Leute sind, die keinen lebendigen Zusammenhang mit den letzten Zielen des Sozialismus haben? Ich möchte mich sofort gegen die Unterstellung verwahren, als ob ich der Meinung bin, daß dieser Geist in den Köpfen der Arbeiter herrscht. In den Köpfen der Arbeiter herrscht der Geist des Sozialismus, aber in den Köpfen der Führer herrscht er zumeist nicht. Die Arbeiter bekommen in den Versammlungen, in den Organisationen viel zu wenig Gegenheit, diesen Geist zu äußern. Renner sagt, wenn die Stunde kommt, werde er tun, was sie erfordert. Wie stellt er sich vor, daß „die Stunde kommt"? Kommt sie denn von selbst? Die Stunde, in der die Arbeiterschaft vor eine große Aufgabe gestellt werden kann, die sie erfüllen soll, wird nur kommen, wenn sie vorbereitet wird. So wie der Uhrzeiger nur von Minute zu Minute vorrückt, so lange bis die Stunde schlägt, muß auch die Arbeiterschaft etappenmäßig vorwärtsschreiten, bis eben die Stunde kommt, zu der sie vorbereitet und erzogen werden muß. Das Proletariat identifiziert sich durch seine Forderungen nicht mit dem Staat, es kann seinen Willen nur durchsetzen, je mehr es ihn dem Staate aufzwingen kann, also je mehr es sich mit ihm in Gegensatz bringen kann. Wenn es sich zur Verteidigung dieses Staates bemüht, verliert es die Kraft, die es braucht, wenn es das in seinem Willen Gelegene verwirklichen will."

Gewerkschaftliches.

Einberufung eines Bauarbeiterverbandstages. Am 1. und 2. November tagte in Hamburg eine Konferenz des Verbandsvorstandes der Bauarbeiter mit dem Verbandsausschuß und Verbandsbeirat. Der Verband hat im Laufe des Sommers eine erhebliche Zunahme seiner Mitgliederzahl erreicht, kann aber bei den starken Einziehungen und anderen ungünstigen Kriegsumständen auf weitere große Gewinne nicht rechnen. Ueber die vom Heeresdienst Beurlaubten wurde vielfach Klage geführt, daß sie ihre Pflicht gegen den Verband nicht erfüllen. Gegen die Kriegsamtsstellen wurde die Beschwerde erhoben, daß sie den Gewerkschaften wieder viel unfreundlicher gegenübertreten als bisher. Dringend gefordert wurde die Erreichung einer bedeutenden neuen Teuerungszulage. Da am 31. März n. J. die Tarifverträge ablaufen, steht eine große Lohnbewegung in Aussicht. Auch erscheint bei dem starken Sinken der Kaufkraft des Geldes eine Erhöhung der Unterstützungssätze und die Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auch auf die Monate Januar und Februar notwendig. Dazu wäre natürlich wiederum eine Beitragserhöhung oder die Beitragszahlung für volle 52 Wochen notwendig. Bei der außerordentlich großen Bedeutung aller dieser Probleme erachtete die Konferenz die Abhaltung eines Verbandstages für unerläßlich. Die Delegiertenwahlen sollen nach der Mitgliederzahl vom vierten Quartal 1914 vorgenommen und den im Felde stehenden Mitgliedern im Fachblatt Gelegenheit zu ausgiebiger Teilnahme an der Diskussion gegeben werden.

Von der erneuten Auszahlung einer Familienunterstützung zu Weihnachten wurde Abstand genommen, da sie weit über eine Million Mark Ausgaben verursachen würde. Es erschien der Konferenz zweckmäßiger, für Arbeitslosenunterstützung oder Neuanschaffungen oder die möglichen großen Kämpfe das Geld bis nach Kriegsschluß aufzusparen. Zur Vorbereitung der neuen Tarife wurde die Aufnahme einer Lohnstatistik beschlossen.

Gewaltige Mitgliederzunahme im Bergarbeiterverband. Aus Bochum wird uns gemeldet: 44 999 Neuaufnahmen hat der Verband der Bergarbeiter Deutschlands bis jetzt im Jahre 1917 zu verzeichnen; davon brachte das dritte Vierteljahr allein 23 457. Der Mitgliederbestand überstieg wieder 96 000 und wird zweifellos noch vor Jahresschluß 100 000 erreichen.

Aus der Provinz.

Landwirtschaft und Vermögenssteuer.

Ueber die Versteuerung des Vermögenszuwachses brachte eine Provinzzeitung eine Notiz, in der sich folgende, insbesondere für Landwirte geschriebene Sätze befanden:

Besonders ist für alle Eigentümer von Grundstücken immer wieder zu betonen, daß sie nach dem Gesetze nicht unbedingt verpflichtet sind, demnegen Vermögenszuwachs zu versteuern der lediglich durch die vielleicht während der Jahre 1914—1916 gestiegenen Verkaufspreise bedingt ist. Sie haben vielmehr das Recht, die Bewertung ihrer Grundstücke nebst allem Zubehör nach den sogen. „Gestehungskosten" zu beantragen. Hiernach ergibt sich in der Landwirtschaft fast stets ein geringeres Vermögen als am 1. Januar 1914, so daß auch kein steuerpflichtiger Vermögenszuwachs vorliegt, sondern eine Vermögensabnahme.

Höher geht's wohl nimmer! Daß die Landwirtschaft, die sich während des Krieges von fast jeder Verschuldung befreien konnte und einen Gesundungsprozeß von beispiellosem Umfange durchgemacht hat, nachträglich zu Steuerzwecken eine Vermögensabgabe herausrechnet, ist nicht mehr zu übertreffen. Die Landwirtschaft hat enorme Gewinne einstecken können infolge der in allerlei Gestalt ihr zugewendeten Liebesgaben, als da sind: Druschprämien, Schnelligkeitsprämien, Anfuhrprämien usw. Der obige recht unvorsichtig offiziöse Artikel zeigt aber auch, daß die Gesetzgeber gar nicht vorsichtig genug sein können. Der Steuerschein findet immer wieder ein Türchen, durch das er sich drücken kann.

Merseburg. Zur Erleichterung der Eindeckung mit Kartoffeln gewährt die städtische Sparkasse von jetzt ab gegen Hinterlegung von Wertpapieren Darlehen, die in kleinen Beträgen wieder zurückgezahlt werden können.

Eisleben. Der Feuerbestattungsverein, Sitz Berlin, veranstaltet am Sonnabend, den 10. November, abends 7 Uhr, im Hohenzollern-Kreisfeldergasse, eine Agitations-Versammlung, in der der Vertreter Hildebrandt-Halle über das Thema sprechen wird: Die Feuerbestattung, ein Kulturfortschritt. Interessenten sind zu der Versammlung freundlichst eingeladen. Beitrittserklärungen werden dort entgegengenommen werden.

— Auch eine Folge des Kohlen- und Gasmangels. Wie mitgeteilt wird, werden „mit Rücksicht auf den Kohlen- und Gasmangel" bis auf weiteres die Kriegsbetstunden wöchentlich nur in einer der vier evangelischen Kirchen gehalten werden, und zwar unter Beibehaltung der bisher für die betreffenden Gemeinden gebräuchlichen Tage.

— Das Geldtäschchen mit 15 Mark Inhalt gestohlen wurde einer auf der Torkeren Siebenhitze wohnenden Frau auf dem hiesigen Wirtschaftsamte.

Sangerhausen. Städtische Kartoffeln werden am Freitag nachmittag im Keller des Rathauses abgegeben. Es erhält jede Person 7 Pfund zum Preise von 7 Pf. für ein Pfund. Der Verkauf findet auf Abschnitt 11 der Nahrungsmittelkarte in folgender Reihenfolge statt: 2 bis 3 Uhr Nr. 1801 bis 2250, 3 bis 4 Uhr Nr. 2251 bis 2700, 4 bis 5 Uhr Nr. 2701 bis 3150, 5 bis 6 Uhr Nr. 3151 bis Schluß.

— Die Kleinhandelshöchstpreise für Obst sind vom Kreisausschusse wie folgt festgesetzt worden: Aepfel der Gruppe 1: von jetzt ab 63 Pf. für das Pfund, vom 16. Dezember 1917 ab 70 Pf., vom 16. Januar 1918 ab 75 Pf., vom 1. März 1918 ab 79 Pf., vom 1. April 1918 ab 87 Pf. — Birnen der Gruppe 1: von jetzt ab 59 Pf. für das Pfund, vom 16. Dezember 1917 ab 61 Pf., vom 16. Januar 1918 ab 70 Pf., vom 1. März 1918 ab 74 Pf., vom 1. April 1918 ab 80 Pf.

Eilenburg. Eine öffentliche Einwohner-Versammlung wird am nächsten Sonnabend im Tivoli zu den Stadtverordnetenwahlen Stellung nehmen. Das Referat hat Genosse Stadtverordneter Raute übernommen. Die Genossen wollen für einen guten Besuch dieser Versammlung Sorge tragen.

Delitzsch. Aus der letzten Stadtverordnetensitzung sind die folgenden Beschlüsse erwähnenswert: Teuerungszulagen werden den städtischen Arbeitern für den Tag 50 Pf. bewilligt, rückwirkend für diejenigen, die sich noch in städtischen Diensten befinden, vom 1. Juli ab. Hilfskräfte, die als Hilfsdienstpflichtige tätig sind, erhalten keine Teuerungszulage, sie sollen je nach ihren Leistungen mit vierteljährlichen Pausen gehaltlich aufgebessert werden. Dr. Kleeberg wird in die Klasse der heruismäßigen Hilfsarbeiter aufgenommen und bekommt 120 Mark je Jahr. Die Krankenhausschwestern — die freie Beköstigung haben — 80 Mark und die Gemeindeschwestern 120 Mark je Jahr. Vier Pensionärinnen werden je 120 Mark je Jahr zugebilligt. — Die Beschaffung von weiterem Kriegsnotgeld machte sich notwendig. Der Magistrat schlägt deshalb die Anschaffung von 10 000 5-Pfennig-Scheinen vor, dem wird zugestimmt. — Für die Schulkinderspeisung wurden weitere Mittel bewilligt. Ursprünglich waren dafür 4900 Mk. vorgesehen. Da aus Staats- und Reichsmitteln zwei Drittel der Kosten gedeckt werden und für die Kosten der Speisung auch sonstige private Fonds da sind, wurden bisher nur 542,17 Mk. der früher bewilligten Mittel verbraucht, und der Rest von 3457,83 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen. Um Bewilligung dieser vorgetragenen Summe handelt es sich, sie reicht, vorausgesetzt, daß Staats- und Reichsmittel wie bisher zwei Drittel der Kosten decken, bis 31. März, so daß sich also keine Nachforderung nötig macht. — Die Heranziehung der Geistlichen zur Wassersteuer wird beschlossen vom 31. März 1918 ab. Dabei wird zur Kenntnisnahme gebracht, daß die Wassersteuer-Ordnung einer baldigen Neuregelung zugeführt werden muß, um Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

— Käse- und Quarkverkauf. In der städtischen Verkaufsstelle Ascherngasse wird auf jeden Abschnitt Nr. 152 ein Käse zum Preise von 15 oder 20 Pf. das Stück abgegeben, und zwar auf nachstehende Lebensmittelscheine am: Freitag, dem 9. November: Nr. 2801 bis 2835 nachmittags 12½ bis 1 Uhr, Nr. 2836 bis 2905 nachmittags 1 bis 2 Uhr, Nr. 2906 bis 2975 nachmittags 2 bis 3 Uhr, Nr. 2976 bis 3045 nachmittags 3 bis 4 Uhr, Nr. 3046 bis 3115 nachmittags 4 bis 5 Uhr; Sonnabend, dem 10. November: Nr. 3116 bis 3150 nachmittags 12½ bis 1 Uhr, Nr. 3151 bis 3220 nachmittags 1 bis 2 Uhr, Nr. 3221 bis 3290 nachmittags 2 bis 3 Uhr, Nr. 3291 bis 3360 nachmittags 3 bis 4 Uhr, Nr. 3361 bis 3430 nachmittags 4 bis 5 Uhr. — Quark gibt es am Sonnabend, dem 10. November, bei Scharf, Wiesenstraße, auf Abschnitt 131. Auf den Kopf der Bevölkerung werden 80 Gramm an die dort eingetragenen Kunden verabfolgt. Volksküchen-Abschnitte gelten voll.

Bitterfeld. Erhöhung der Gaspreise. Wie der Magistrat bekanntgibt, mußten vom 1. November ab infolge der Verteuerungen, insbesondere für Kohlen, die Gaspreise erhöht werden.

Torgau. Das Schwurgericht verurteilte die 26 Jahre alte verwitwete Arbeiterin Anna Sch. aus Kemberg bei Wittenberg wegen vorsätzlichen Kindesmordes unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis. Die Sitzung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Dommitzsch. Die Stadtverordnetenwahl ist am 24. November, und zwar wählt die dritte Klasse von 6 bis ½8 Uhr abends. Von der Arbeiterschaft ist Genosse Bänisch wieder aufgestellt. Die Wahlzeit ist so geregelt, daß jeder Arbeiter seine Stimme ohne Arbeitseinbuße abgeben kann. Aber auch die auswärts Arbeitenden möchten wir an ihre Pflicht erinnern. Etwaige säumige Arbeiterwähler müssen von ihren Arbeitskollegen auf die Wichtigkeit der Wahl hingewiesen und zum Wählen veranlaßt werden; denn unser Mandat soll uns strittig gemacht werden. Also, Arbeiter, seid auf dem Posten und gebt eure Stimme einem alten bewährten Arbeitervertreter, und das ist Genosse Bänisch!

— Die letzte Stadtverordneten-Sitzung nahm Kenntnis vom Kassenrevisions-Protokoll vom 30. Oktober, wobei alles in bester Ordnung gefunden wird. Bei der Wahl eines Senators wurde Herr Karl Lenicker gewählt. Genosse Bänisch erklärte, daß wir doch hier in einem Dreiklassenparlament sitzen, nur der Magistrat wird von einer Klasse besetzt, man sollte doch auch diese Aemter aus allen Klassen besetzen. Aber die Herren hatten kein Ohr dafür und wählten wieder einen Herrn aus der 1. Klasse. — Als Beitrag für den U-Boots-Verein wurden 10 Mk. bewilligt. Als Brennholz wurde für das Armenhaus ein Stangenhaufen bewilligt. Die Verwaltungskosten für die Sparkasse haben sich um jährlich 6000 Mk. erhöht. Die Stadtkassen-Rechnungen für 1916/17 wurden den Deputierten überwiesen. Es sollen sich verschiedene Unregelmäßigkeiten bei der Abnahme von Gas bemerkbar gemacht haben. Ob das nur am Zähler liegt, soll erst untersucht werden.

Liebenwerda. Wer braucht Stiefelsohlen? Der Magistrat versucht über eine ganz geringe Menge von Holz-Ersatz- und Ledersohlen zur Abgabe nur für die allerdringendsten Fälle. Anträge hierfür werden bis zum 17. November im Rathaus, Zimmer Nr. 2, von 9 bis 12 Uhr vorm. entgegengenommen. Die Anträge auf Ledersohlen werden von einer Kommission geprüft.

Wittenberg. Abgefaßter Marktdieb. Auf dem Wochenmarkte wurden von einem Verkaufsstande von einem Arbeiter drei Paar Strümpfe im Werte von 25 Mk. gestohlen. Da der Diebstahl aber bemerkt worden war, konnte der sich eiligst Entfernende eingeholt und ihm die Strümpfe wieder abgenommen werden, während er selbst der Polizei zugeführt wurde, wo er sich als der in Annaburg wohnende Arbeiter Hermann Appelt auswies.

Brittis. Geflügeldiebe haben unter dem Geflügelbestande einer hiesigen Gutsbesitzerin schwer gehaust. In einer der letzten Nächte wurden ihr aus ihrem Gehöft nicht weniger als 40 Stück Hühner, 8 Gänse und 2 Enten in den Ställen abgeschlachtet und gestohlen. Die Diebe, mindestens drei Personen, haben das Geflügel im Garten hinter einer Scheune noch gerupft und, nach Spuren zu schließen, ihren Rückweg nach Weißenfels zu genommen.

Allerlei.

Bestialische Bluttaten. In Nieren (Kreis Lublinitz) drangen drei vermummte Männer mit vorgehaltenem Revolver in die Wohnung des Stellenbesitzers Rossollik ein und forderten Geld. Rossollik erklärte sich zur Herausgabe seines Geldes bereit und führte zwei Räuber in die Stube. Der dritte blieb bei den übrigen Familienmitgliedern in der Küche. Schlug mit einem Revolver auf die Frau Rossollik ein und tötete sie schließlich durch Schläge auf den Kopf mit einem starken Knüppel. Die 15 Jahre alte Tochter wollte der Mutter zur Hilfe eilen, wurde aber von dem Räuber mit aller Wucht unter den Tisch geschleudert und blieb dort schwer verletzt liegen. Der 10 Jahre alte Sohn wurde durch Schüsse schwer verletzt, als er durchs Fenster flüchten wollte. Nachdem Rossollik den Räubern das Geld ausgehändigt hatte, schossen sie ihm eine Kugel durch den Kopf, so daß er tot zusammenbrach. Die Männer entflohen.

Die Berliner Badeanstalten müssen wegen Kohlenmangel drei Tage in der Woche geschlossen gehalten werden. Baden darf man nur Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends.

Amtliche Wetteranfage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Freitag, den 9. November: Wechselnde Bewölkung, vorwiegend trocken, geringe Wärmeänderung.

Verantwortlich für Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Aller Paul Hennig; Feuilleton, Kunst und Wissenschaft und Aus der Provinz Karl Beck; Anzeigen Wilhelm Sersig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191711 08-13/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

½8 Uhr. 2628

Heute, Donnerstag, zum 11. Male:

Die Dollarprinzessin.

Operette in 8 Akten von Willner u. Grünbaum.
Musik von Leo Fall.

Hauptgesänge: 1. Das ist die Dollarprinzessin. 2. Wir tanzen Ringelreihen einmal hin und her. 3. Amerika gib Acht, es kracht! 4. Holde Göttin, pump mir Geld. 5. Holla, hopp, holla, hopp, hopp, hopp. 6. Will dich dann lieben treu und heiss.

Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Kennen Sie **Das unheimliche Haus!?** 2621

Gr. Ulrichstraße 57.

Beim Einkauf von **Pelz-Waren** und **Garnituren** in Plüsch, Samt und Krimmer lohnt unbedingt 2204 die Besichtigung im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstr. 87.

Alte Promenade IIa Fernruf 5738.

U.T

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.

2629 **Erich Kaiser-Titz** in **Ein Tropfen Gift.** Detektiv-Drama in 4 Akten. Vorführung: 4.50, 7.00, 9.30.

Onkelchens Liebling. Entzückend. Lustspiel i. 3 Akt. Vorführung: 4.00, 6.00, 8.20.

Das Eingangstor zum nördlichen Schwarzwald. Herrliche Naturaufnahme.

— Beginn 4 Uhr. —

Der Liebling des Publikums **Henny Porten** in **Höhenluft.** Lustspiel in 4 Akten. Vorführ: 3.00, 5.00, 7.00, 9.20.

Der Mann mit der Maske. Schauspiel in 3 Akten. Vorführung: 4.10, 6.10, 8.20.

— Beginn 3 Uhr. —

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Freitag den 9. November 1917:

Giroflé-Girofla.

Komische Oper in drei Aufzügen von Charles Lecocq.

Sonnabend: Maria Stuart.

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, d. 11. November 1917, nachmittags 3½ Uhr:

Johannisfeuer.

Schauspiel von Herm. Sudermann.

2626 Abends 7½ Uhr:

Moral.

Lustspiel von L. Thoma.

Apollo-Theater

Gastspiel des Deutsch-Türkischen Theaters, Konstantinopel.

Anfang tägl. ½ 8 Uhr.

In glänzender Ausstattung. (Gesamtwert 100 000 Mark)

Am goldenen Horn.

Orig. türkische Ausstattungs-Operette in 3 Akten, Text u. Musik von Beyler-Bey.

1. Akt: Am Bosporus.
2. Akt: Ein Kostümfest beim Pascha.
3. Akt: Im Seimalik von Emin Bey. 2625

Vorverkauf 9-1 u. 5-½7 Uhr.

Anfang Punkt ½8.

Volkshaus Jessnitz.

Sonntag, den 11. November 1917:

Theater.

Nachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung.**

Frau Holle oder **Das fleißige und das faule Mädchen.**

Kindermärchen in 6 Bildern von Görner.
1. Platz 25 Pfg., 2. Platz 15 Pfg.

Abends 7½ Uhr:

Buschlis'l oder **Im Edelgrund und tiefer Wald.**

Volksstück mit Gesang in 6 Bildern.

Kassenöffnung 6½ Uhr. ::: Anfang 7½ Uhr.

Eintrittspreise:
1. Platz 75 Pfg., 2. Platz 60 Pfg., 3. Platz 40 Pfg.

Um gütigen Zuspruch bittet

*1396 Die Verwaltung.

Kleinpächter des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Montag den 12. November abends 8½ Uhr. in den Thalia-Sälen

Versammlung.

Aussprache über die Ackerverpachtung und die Selbstversorgung.

2628

Als Ausweis gilt die rote Ackerkarte für das Jahr 1918.

Ellenburg.

Sonnabend, den 10. November, abends ½8 Uhr im Gewerkschaftshause „Tivoli":

Oeffentl. Einwohner-Versammlung.

Tagesordnung:

Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl

Referent: Stadtverordneter Gustav Raute.

Zutritt hat jede über 18 Jahre alte Person.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet

*1398 Der Einberufer Karl Jahn.

Zoo!

Heute abend:

II. Gesellschafts-Konzert

Solist: Opernsänger Alfred **Ernesti.**

Anfang 8 Uhr. *1401

Feuerfeste **Kochtöpfe** sehr preiswert. 2630

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied d. M.-Sp.-Vereins.

Sorgt für Eure Füsse!

Germania-Holzsohlen und Absätze, D. R.-P.

Klappern nicht! Tragen sich wie Leder! Beeinträchtigen nicht die Eleganz des Schuhes und sind sehr warm!

Verkauf der beweglichen Germania-Holzsohlen u. Absätze findet am

Mittwoch, d. 7., bis Sonnabend, d. 10. Nov.

im früher Bär'schen Warenhause, Gr. Ulrichstr. statt.

2598 Verkaufszeit von 10 bis 5 Uhr.

H. Wettstein, Halle u. Erfurt,

Schuhmacher-Artikel und chemische Waren.

Vertreter der Germania-Holzsohle für Thüringen.

Sohlen-Schoner in guter Qualität empfiehlt

Lederhandlung Carl Friedrich Nachf., Brüderstrasse 13, neben d. Krankenkasse

Gute, grosse Lederschoner, wieder eingetroffen, so lange der Vorrat reicht.

Schwarz Imprägnierte Lederschoner.

Beide Sorten mit dazu passenden Täckesstiften.

Gestanzte „Triumphator-Gummisohlen", ebenfalls mit passenden Täckesstiften.

Germania-Holzsohlen mit kleinen Lederstückchen.

Kavallerieschuhcreme. — Hand-Nähahle „Stepperin" zum Nähen von zerrissenem Schuhwerk, Handtaschen etc.

Schraubhefte „Matador" (Nagelheft).

Schwarz Lederfett. *1400

Ich kaufe Platin, besonders alte, auch zerbrochene

Gebisse,

sowie alte Holzbrennstifte nur Sonnabend, 10. Novbr., morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr im Hotel Deutscher Hof, Zimmer 8. *1395

Zahle für Zähne ℳ 2.00, für Platina Gr. ℳ 7.60.

Frau Knuth aus Berlin.

Platt-, Senk- u. Hohlfuss-Stützeinlagen.

Künzels „Fuß-Heil" bestes Mittel gegen Schweißfuß. 2144

C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandlg.

Alt-Papier

jeder Art, sowie alte Geschäfts-Papiere, Akten, Journale usw. kauft zum Einstampfen 2610

A. Samuel, Alter Markt 7. Telephon 5592.

Arbeitsmarkt

Maurer und Zimmerer, Zementierer und Einschaler, Bau- und Erdarbeiter

für auswärtige Baustellen gesucht.

Karl Lingesleben, Baugeschäft Halle a. d. S.,

*1389 Dryanderstraße 34.

Aelterer **Geschirrführer** und älterer *1404 **Arbeiter** sofort gesucht.

Spediteur **Kaufmann,** Magdeburgerstr. 57.

Einlegerin sofort gesucht. *1402

Gantz & Fuss, Königstr. 83.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Konsumverein Ammendorf und Umgegend.

Wir suchen zum sofortigen Antritt eine **kräftige Frau** als Arbeiterin f. unseren Bäckereibetrieb. *1399

Die Verwaltung.

Aufwartung für den ganzen Tag sofort gesucht. Königstrasse 86 II. *1403

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Einkaufsquellen

Bitterfeld
- **R. Richter, Kaiserstr. 1** Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
- **A. Böbel** Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
- **Oswald Sacher,** Kaiserstr. 8 Schiffeck, Salzger Stahlwaren.
- **C. Trabitzsch** Cigarr., Cigaretten. Kaiserstr. 58.

Delitzsch
- **E. Preller,** Manufakturwaren.
- **M. Rieseler** Kinderwag. Korbwaren

Merseburg
- **Th. Ebert** Entenplan 15, Mechaniker, Optiker

Wittenberg
- **Aug. Linke** Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.

Nettstedt
- **S. Rosenberg** Konfektion und Manufakturwaren

Sangerhausen
- **Herm. Bader** Apoth. Sangerhausen gegr. 1868 liefert für alle Krankheitsarten Allopatie u. Homöopathie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.

Torgau
- Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz**

Eisleben
- Eisleber Aktienbierbrauerei empfiehlt ihre ff. Biere und alkoholfreien Getränke.

Amtliche Bekanntmachungen.

Seefischverkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Seefische wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Freitag früh ½9 Uhr und findet in den einschlägigen bekannten Geschäften statt.

Für jede Person eines Haushaltes kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugscheine Nr. 10, Abschnitt 101. Zugelassen sind die Nummern der Lebensmittelscheine 1 70 000, sofern sie bei der früheren Verteilung noch nicht beliefert worden sind. Der Abschnitt 101 des Warenbezugscheines X verliert am Freitag, 9. Nov., seine Gültigkeit. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen.

Die Verkäufer haben gemäß der Verordnung des Magistrats vom 28. Juni 1916 den Buchstaben S (Seefische), das entnommene Gewicht und das Datum unter Rubrik C des Lebensmittelscheines mit Tinte oder Tintenstift einzutragen und den Abschnitt Nr. 101 des Warenbezugscheines X abzutrennen. Die Käufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Zimmer 11, binnen drei Tagen abzuliefern.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft. Auch kann die Schließung des Geschäftes oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 8. November 1917. **Der Magistrat.**

Auf dem städtischen Markt in der Talamtschule stehen vormittags von 8½—12 und nachmittags von 2—6 Uhr Robbenfleisch in 1 Pfund-Dosen 3.00 M., Kippfisch das Pfund 2.40 M., ganzer Pfeffer das Paket 50 Pfg., ganzer Piment (Neu-Gewürz) das Paket 15 Pfg. zum Verkauf.

Halle, den 8. November 1917. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Von Sonnabend, den 10. November dss. Js. ab, fallen die Schnellzüge D 202 Berlin (ab 9[22]) — Halle (ab 11[17]) — Frankfurt (Main) und D 243 Frankfurt (Main) — Halle (ab 4[49]) — Berlin (an 7[22]) aus.

Halle (Saale), den 6. November 1917.

*1397 **Königliche Eisenbahn-Direktion.**

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Anzeige!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter, guter Sohn, Bruder und Schwiegersohn, der Monteur

Otto Mittag,

in seinem fast vollendeten 22. Lebensjahre, nach kurzer, aber schwerer Krankheit, plötzlich entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten

Die tieftrauernden Eltern u. Geschwister nebst Braut und Angehörigen.

Dölau, Kirchstraße 28. *1398

Gebrauchte Möbel: Bettstellen m. Matr., Sofas, Plüsch-Garnituren, Trumeaus, Büfetts, Kleiderschränke, Waschtische mit Marm., Nachtschränkchen m. M., Rohrlehnstühle, Steg-, Kulissen- u. achteckige Tische, einzelne Polstersessel verkauft **Friedrich Pelleke,** Geiststr. 25. 2631

Füsslinge in schwarz u. braun und **Fussschlüpfer** 2618 im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstraße 87.

Kostümröcke in schwarz, blau u. gemustert. Riesenauswahl. Vorteilhaft. Im Kaufhaus 2620 **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87.

2617 **Kaufe** und zahle höchste Preise für **ausgekämmtes Haar.**

Zopf-Siebert, nur Leipzigerstr. 33 u. 79, I.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Das unheimliche Haus 2622 in der Gr. Ulrichstraße 57 müssen Sie sehen!

Wohnungs-Angebote

Einzelne Stube sofort zu vermieten Saalberg 27. [2627]

Hausmannswohnung zu vermieten. Charlottenstrasse 1, Frau Schliebe. *1394

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171108-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. November 1917.

Wucher mit Brennholz.

Vor etwa 10 bis 12 Monaten kostete in mitteldeutschen Großstädten ein Zentner Brennholz etwa 3½ Mk. frei Haus, vor sechs Wochen (Spätsommer 1917) schon etwa 6 Mk., jetzt im November 7.70 bis 8.70 Mk.!! Also eine Verdreifachung des Preises in kaum Jahresfrist! Hier liegt der Wucher so klar zu Tage, daß man es einfach nicht versteht, wie die Behörden der Entwicklung des „Marktes" (!) so gelassen zusehen vermochten, wie es geschehen ist. Allerdings sind gerade die Holzpreise örtlich sehr verschieden, aber wenn von „oben" eine entsprechende generelle Verfügung ergangen wäre, hätten die untern Verwaltungsbehörden die Preise in ihren Machtbezirken sehr leicht jeweiligen Verhältnissen entsprechend regulieren können. — Die Kohlennot hat die Nachfrage nach Holz gewaltig gesteigert, und wenn nicht energisch durchgegriffen wird, ist die „Konjunktur" für die Holzverkäufer so günstig, daß weitere starke, an sich völlig unverhältnismäßige Preiserhöhungen unvermeidlich sind. — Dieser Uebelstand muß unge„hindert zum Gegenstande dringender Vorstellungen bei den Preisprüfungsstellen, Orts- und Landes-Zentralbehörden gemacht werden.

Die Sperrung der Gasentnahme

stellt die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke in nahe Aussicht, wenn die (doch bisher schon bis an das Maß des Möglichen getriebene!) Gasersparnis nicht noch sorgfältiger beobachtet würde. In der neuen Aufforderung zur weiteren Einschränkung des Gasverbrauchs, die die Verwaltung des Gaswerks den Zeitungen zustellt, heißt es u. a.: Der Erfolg der angeordneten Maßnahmen zur Einschränkung des Gasverbrauches ist dank der verständigen Einsicht des überwiegenden Teiles der Gasverbraucher ein recht guter. Leider haben sich aber die Verhältnisse betr. die Kohlenbelieferung des Gaswerks nicht nur nicht gebessert, sondern, wie zu erwarten, infolge des nun eingesetzten Wagenmangels, weiter erheblich verschärft. Es muß deshalb nunmehr ernstlich die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden, daß das Gaswerk vorübergehend die Gasentnahme überhaupt sperren muß. Die Durchführung einer solchen Maßnahme geschieht in der Weise, daß der Gasdruck während bestimmter Stunden des Tages soweit erniedrigt wird, daß eine Entnahme von Gas praktisch unmöglich ist. Die Sperrzeiten werden vorher bekanntgemacht werden. — Es wäre zu wünschen, daß die Bemühungen der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, der hiesigen Bürgerschaft die Sperrung der Gasabgabe zu ersparen, dadurch tatkräftig unterstützt würden, daß jeder Verbraucher, ganz besonders derjenige, dessen Verbrauch infolge bisheriger Verwendung von Gaskocheinrichtungen, des Badeofens und von Warmwasserversorgungsanlagen reichlich bemessen war, seinen Verbrauch nunmehr aufs äußerste einschränkt. Nur die opferwilligste Befolgung der getroffenen Anordnungen kann erhoffen lassen, daß das Aeußerste vermieden wird.

Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die in der Ausgabe begriffenen Rechnungen für Gasverbrauch im Oktober keine Berechnung des Aufgeldes für etwa zu viel verbrauchtes Gas bringen, daß vielmehr gemäß früherer Bekanntmachung die Abrechnung hierüber erst auf der Rechnung über den Verbrauch im Dezember geschieht. Es besteht also die Möglichkeit, ein Zuviel im Oktober noch in den beiden letzten Monaten des Vierteljahres auszugleichen."

Der „Ersatz" für abzuliefernde Metallteile,

den die Kriegsrohstoff-Abteilung den Hausbesitzern zu liefern gedenkt, vermag die davon Betroffenen nicht sonderlich zu befriedigen. In einer vor kurzem in Berlin abgehaltenen großen Hausbesitzer-Versammlung, zu der Vertreter aus ganz Deutschland erschienen waren, wurde angeregt, daß die abzuliefernden Metallteile der Häuser jetzt ohne Entschädigung von den Reichsstellen übernommen, daß dagegen die Reichsstellen verpflichtet werden sollten, jetzt einen nur vorläufigen und nach dem Kriege einen mit den jetzt entfernten Stücken gleichwertigen Dauerersatz zu liefern. Diese Anregung hat nun bei den Reichsstellen kein Entgegenkommen gefunden. Den beteiligten Verbänden ist ein Schreiben der Kriegsrohstoff-Abteilung zugegangen, in dem es heißt:

„Die Beschaffung eines Ersatzes für diejenigen enteigneten Gegenstände, die unbedingt ersetzt werden müssen, zum Beispiel Türklinken und Fensterriegel (dagegen nicht Briefeinwurfschalter und Türknöpfe) und die Ausweichung der Stücke gegeneinander ist seitens der Metallersatzstelle bei der Metallmobilmachungsstelle bereits so weit in die Wege geleitet, daß es der unmittelbaren Mithilfe einer anderen Stelle nicht mehr bedarf. Der Ersatz wird so hergestellt werden, daß er in bezug auf praktische Brauchbarkeit vollwertig ist und in einer großen Zahl von Fällen auch nach dem Kriege im Gebrauch verbleiben kann, ohne daß eine Verminderung des Gebrauchswertes oder des Mietertrages eines Gebäudes zu befürchten wäre."

Die Hausbesitzer erblicken in dem „Angebot" der Kriegsrohstoff-Abteilung eine „empfindliche Schädigung" ihrer Interessen. Sie befürchten, daß sich „das Publikum" nach dem Kriege nicht dauernd mit den doch jedenfalls recht primitiven Ersatzstücken begnügen werde und daß nach und nach neue Sachen angeschafft werden müßten, wozu die jetzt für den „Metallwert" gezahlte Entschädigung der abzuliefernden Stücke in keiner Weise ausreichen würde. An diesen „Befürchtungen" mag schon etwas Wahres sein. Nur scheint uns, daß auch in diesem Falle mehr „das Publikum", d. h. die Mieter, die eigentlichen „Leidtragenden" sein werden, als die Hausbesitzer, die es ja noch immer verstanden haben, etwa ihrem Stande drohende „Schädigungen" heizeiten und gewöhnlich „voll und ganz" auf die Mieter abzuwälzen! Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß es auch diesmal so kommt. Und die nach dem Kriege erst in ihrer vollen Schärfe einsetzende Wohnungsnot dürfte gerade für die Hausbesitzer die günstigen Umstände schaffen, in der sich „Schädigungen" der befürchteten Art mehr als „ausgleichen" lassen . . . Eine den Mietern drohende wirkliche Schädigung, für deren erfolgreiche Abwehr organisatorische Maßnahmen nicht früh genug getroffen werden können!

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 975. Willi Clarus verm. Walter Elle l. verw. Bruno Friedrich gefallen. Albert Gründler (30. 12. 1896) aus Giebichenstein, schw. verw. Wilhelm Claus verm. Leutn. d. R. Robert Lampe bish. schw. verw., gestorben. Friedrich Lamprecht schw verw. Johannes Micka verm. Wilhelm Müller IV l. verw. Bernhard Nicolei l. verw. Otto Polzing verm. Gefr. Otto Presche l. verw. Otto Schaubl l. verw. Leutn. d. L. Erich Voth bish. verm., in Gefangensch.

Sächsische Verlustliste Nr. 455. Robert Schröter schwer verwundet.

Preußische Verlustliste Nr. 976. Friedrich Hartmann schw. verw. Gefr. Otto Schulze gestorben an seinen Wunden. Unteroffizier Albert Seidemann verm.

Preußische Verlustliste Nr. 978. Franz Beßler verw. Willi Bischoff gefallen. Gefr. Karl Föhse bish. schw. verw. gem., gefallen. Gefr. Kurt Grabaum aus Giebichenstein. verw. 29. 5. 15. Ernst Karisch l. verw. Karl Mendorf schw. verw Walter Müller l. verw., bei der Truppe. Kurt Schlegelmilch l. verw. Kurt Winkler l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 979. Richard Allmich l. verw. Unteroffiz. Paul Blank l. verw., bei der Truppe. Hellmut Bogen gefallen. Leutn. d. R. Oskar Bong schw verw. Gefr. Hugo Broer verm. Hermann Dell verm. Kurt Dietrich gefallen. Ernst Dörfler gefallen. Georg Eberhardt gefallen. Heinrich Eckardt l. verw. Willi Ehring aus Giebichenstein l. verw Arthur Feiertag l. verw. Unteroffiz. Robert Flohr gefallen. Ferdinand Friedrich l. verw. Vizefeldw. Karl Gründig l. verw., bei der Truppe. Otto Gründler aus Giebichenstein l. verw. Gefr. Alvin Hesse l. verw., bei der Truppe. Otto Heß aus Kröllwitz l. verw. Kurt Hildebrandt bish verm., in Gefangensch. Leutn. d. L. Paul Kühn verm. Paul Kupfer gefallen. Karl Miethe bish. verm., in Gefangensch. Erich Hein gestorben an seinen Wunden. Max Niepraschk l. verw Kurt Raigrotzki l. verw. Martin Rosenbieth l. verw. Otto Rubel l. verw. Paul Schlüter verw. Wilhelm Schmidt aus Kröllwitz l. verw. Wilhelm Schröder-Bölsche l. verw. Gefr. Hermann Schumann aus Giebichenstein l. verw. Fritz Schuster verm. Gefr. Alfred Sombrra l. verw Richard Sondershausen l. verw. Friedrich Stiele l. verw., bei der Truppe. Gefr. Hans Boelpohl gefallen

Sächsische Verlustliste Nr. 456. Gefr. Max Haring infolge Unfall schw. verletzt und gestorben 21. 9. 17.

Neue Bekanntmachungen.

Seefische werden am Freitag in den Fischgeschäften verkauft.

Robbenfleisch und Klippfisch sind in der Talamtschule zu haben.

* Die verkürzte Geschäftszeit in den Fleischergeschäften hat, worauf in einem Eingesandt in einem hiesigen Blatte hingewiesen wird, zu Unzuträglichkeiten geführt. Gleich am ersten Tage der verkürzten Geschäftszeit gab es einen großen Andrang in zahlreichen Fleischergeschäften. Mit Recht fragt der Einsender: Wie wird das erst am Sonnabend werden, wo erfahrungsmäßig der Andrang noch größer ist? Es zeigte sich, daß man für die Fleischerläden eine Ausnahme hätte machen müssen; die Fleischereien haben ja an sich nur an zwei Tagen in der Woche, am Mittwoch und Sonnabend, die Geschäfte geöffnet, die Läden sind aus leicht begreiflichen Gründen niemals geheizt, folglich kommt Feuerungsersparnis nicht in Frage, und der nötigen Lichtersparnis kann trotzdem entsprochen werden, wenn man auch die Geschäfte schon um ½8 oder 8 Uhr öffnet, da brauchen die Fleischer in der jetzigen Jahreszeit nach kein Licht. So aber kann es leicht kommen, wenn der Geschäftsbeginn erst ½9 Uhr zulässig, daß sich wieder Polonäsen bilden, denn den Hausfrauen kann man es nicht verdenken, daß sie sich möglichst früh einfinden, alle schon um ½9 Uhr, um möglichst früh ihr Fleisch einzukaufen.

Man kann dem Einsender nur beipflichten, wenn er den Magistrat ersucht, aus den dargelegten Gründen die Geschäftszeit für Fleischereien so zu regeln, daß die genannten Unzuträglichkeiten vermieden werden.

* **Verlegung städtischer Bureaus.** Zum Zwecke der Kohlen- und Lichtersparnis verlegt der Magistrat vom 8. November ab folgende Dienststellen: a) Rechtsbureau für Tiefbausachen nach Kl. Steinstraße 8, Zimmer 23 u 27; b) Bureau für Grundeigentum nach Stadternhöringsamt, 3. Stockwerk; c) Tiefbauabteilung nach Marktplatz 24, Zimmer 30 und 39; d) Schulverwaltung nach Rathausstraße 5/6, Zimmer Nr. 115 bis 118 und 121; e) Bureau für Gewerbesteuer und Umsatzstempelsteuer nach Rathausstraße 5/6, Zimmer Nr. 12?; f) Rechnungsstelle I nach Rathausstraße 5/6, Nr. Zimmer 12?; g) Petroleummarken-Sammelstelle nach Schmeerstraße 1, Zimmer 19 und 20.

Die Dienströume der städtischen Schulverwaltung und der Königl. evangelischen Kreisschulinspektion für den Stadtkreis Halle I werden Donnerstag, den 8. November 1917, nach Rathausstraße 6 bis auf weiteres verlegt. Dienststunden werktäglich von 8½ bis 3½ Uhr. Die Sprechstunden Dienstags und Freitags von 4—5 Uhr fallen weg.

* **Wer versorgt die Schulen mit Heizstoff?** Nach Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung fällt der Bedarf der Behörden und Anstalten an Kohle unter den Begriff Hausbrand. Die Versorgung mit Hausbrand ist allein den Gemeinden und Kommunalverbänden übertragen. Infolgedessen ist auch die Versorgung der Schulen mit Heizstoffen Sache der Gemeinden und Kommunalverbände.

* **Spenden für die Hallische Kriegshinterbliebenen-Fürsorge** nehmen entgegen: die Stadthauptkasse, städtische Sparkasse, Hallische Banken, oder Postscheckkonto Leipzig Nr. 12 088.

* **Kartoffelsorgen der Kleinpächter des Bundes für Volkskraft.** Einer Zuschrift des Bundes für Volkskraft entnehmen wir: In diesem Jahre ist die Kartoffelernte der Kleinpächter im allgemeinen keine gute. Es liegt dies ohne Zweifel an der ungenügenden Beschaffenheit des Saatgutes. Einesteils war es an und für sich ungeeignet und dann war vielfach ein recht hoher Prozentsatz davon verdorben. Es muß nun alles geschehen, um zu verhindern, daß im kommenden Jahre die Ernte wieder unzulänglich ausfällt. Die Kleinpächter müssen alles daran setzen, um möglichst gutes und geeignetes Saatgut verwenden zu können. Es muß ausdrücklich davor gewarnt werden, daß die Kleinpächter von ihrer eigenen Ernte nicht ganz einwandfreies Saatgut zurückbehalten und verwenden. Alle diejenigen die noch kein Saatgut besitzen, werden aufgefordert, unverzüglich bis spätestens zum 12. November beim Bunde den Saatgutbedarf anzumelden. Der Bund wird alles tun, um ein möglichst geeignetes Saatgut bereitzustellen. Die Anmeldung kann auch schriftlich unter Hinzufügung des Namens, des Ackers und der Parzellen-Nummer erfolgen.

Die Kleinpächter werden eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich nur dann Saatgut auf die Ernte anrechnen lassen dürfen, wenn sie solches auch zur Saat verwenden. Dagegen ist es selbstverständlich nicht statthaft, beim Bunde Saatgut zu bestellen und gleichzeitig von der Ernte Saatgut abzugeben. Jeder Fall dieser Art wird mit sofortigem Entzug des Ackers geahndet.

Montag, den 12. November, findet in den Thaliasälen, abends 8½ Uhr, eine Versammlung der Kleinpächter des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft statt. Es soll eine Aussprache über die Ackerverpachtung und die Selbstversorgung stattfinden. Es ist dringend notwendig, daß möglichst viele Kleinpächter erscheinen.

E. Abderhalden.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, gelangt der dionysische Schwank Jahrmarkt in Pulsnitz zur letzten Aufführung. Freitag wird die komische Oper Giroflé-Giorfla von Lecoca gegeben. Am Sonnabend geht zur Feier von Schillers Geburtstag Maria Stuart in Szene. Sonntag nachmittag Wiener Blut, Sonntag abend 25. Aufführung des Musikdramas Tiefland von Eugen d'Albert. Thalia-Theater. Am Sonntag, den 11., finden wieder zwei Gastspiele des Stadttheater-Personals im Thalia-Theater statt. Nachmittags 3½ Uhr gelangt das Sudermannische Schauspiel Johannisfeuer, abends 7½ Uhr das Lustspiel Moral von Thoma zur Aufführung.

12]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

Die Alte schoß aus dem Gärtchen in das Haus zurück, wie ein unheimlicher Nachtvogel. Friedrich eilte, sich zu seiner Schwester zu gesellen, denn, dachte er, die kann's brauchen. Sie war in der Dunkelheit leicht zu finden; er durfte nur dem Schluchzen nachgehen, das ihren jungfräulichen Busen zu zersprengen drohte. Stillschweigend faßte er ihre Hand.

Sie hatte ihn nicht kommen hören; erschrocken und zornig riß sie die Hand weg und rief: „Wer ist da?"

„Gut Freund, Schwesterle. Hat der gelbe Drach' wieder Gift gespien? Was ist denn das für ein Bräutigam, dem du die alten Knochen wärmen sollst?"

„Ach Gott, der Chirurg!"

„Was! der Zaunstecken?" — und nun folgte eine Flut von Schelmworten, die immer drolliger wurden, so daß das arme Mädchen zuletzt selbst darüber lachen mußte. Plötzlich aber fiel sie in das vorige Weinen und Schluchzen zurück und warf die Arme um den Hals des lustigen Trösters: „O lieber Bruder!" rief sie — sie mochte nicht Frieder sagen wie die andern, und Friedrich klang ihr zu vornehm, zu gewagt — „lieber Bruder, ich wollt', ich wär' bei unserer Mutter! Steh, ich bin dir die ärmste Kreatur auf der ganzen Gotteswelt! Morgen soll der Verspruch sein, und das ist mein Tod. Ich kann ihn nicht ansehen, er ist mir zu arg zuwider!"

„Soll ich ihn zerbrechen?" fragte er grimmig durch die Zähne.

„Um Gotteswillen, fang keine Händel an! Du würdest mich nur aus dem Regen in die Traufe bringen." Sie schwieg eine Weile und fuhr dann verzagend fort: „Es gibt nur ein einziges Mittel, um aus dem Jammer hinauszukommen."

„Vermutlich. Was denkst du?"

„Ich spring' in die Fils, und das noch heut nacht."

Friedrich lachte überlaut. „Du arm's Närrle! Das müßtest du künstlich angreifen bei dem niedern Wasserstand. Nein, das ist nicht der Weg. Ich weiß einen andern — und der wär' ganz sicher, sobald man sich fest darauf verlassen könnte."

„Du bist ein lediger Tröster."

„Ja sieh, Kind, es steht ganz bei dir, und du hast's in der Hand, ob das Mittel zuverlässig sein soll oder nicht. Kannst du dich auf dich selbst verlassen?"

Er sprach diese letzten Worte mit besonderer Stärke, und es lag dabei etwas Geheimnisvolles in seiner Stimme, so daß seine Schwester ihn verwundert ansah. „Ich weiß nicht, wo du hinaus willst," sagte sie.

„Der Mensch kann alles, was er will," hob er an. „Heißt das, ich hab' mich nicht ganz richtig ausgedrückt. Der Mensch kann nicht alles, was er will, denn ich mag wollen, so viel ich will, so kann ich z. B. nicht Tag aus Nacht machen." Er schwieg eine Weile, um seine Gedanken auf der ungewohnten Spur zu sammeln.

„Ja, das kann ich auch nicht," sagte Magdalene dazwischen, mit einem Ton, welcher deutlich verriet, daß ihr das eine brotlose Weisheit dünke.

„Wart' nur, ich bin noch nicht auf dem rechten Trumm. Ich hätt' eigentlich sagen sollen: der Mensch kann alles, was er nicht will."

„Jetzt hör' auf!" rief Magdalene unwillig. „Du bist dem Narren übers Säckle kommen. Wenn du mir keinen bessern Rat weißt als solches Kauderwelsch, so muß ich ungetröstet ins Bett gehen."

„Ich schwätz' wie ein Magister," sagte er. „Ich möcht' dir das Ding recht glatt eingeben und bring's nicht richtig heraus. Aber halt, jetzt geht's. So hätt' ich sagen sollen: was der Mensch nicht haben will, das kann er sich vom Leib halten." sich soeben zu tröpfeln an.

„Gegen den Regen sind Schirme gewachsen, oder auch zum Beispiel die Laube dort. Komm, wollen uns drin bergen, denn es macht nicht bloß nach herunter, sondern auch recht kühl, und ich bin noch lang' nicht fertig."

Die beiden Geschwister gingen miteinander nach der Laube. Sie war noch sommerlich genug überrankt, um vor dem Regen zu schützen, der jetzt in größeren Tropfen auf die Blätter niederschlug.

„Den Regen kann man sich allerdings vom Leib halten, wenn man irgendwo unterzustehen vermag," fuhr Friedrich fort. „Aber ich seh' jetzt doch, daß mein Gleichnis nicht auf alles paßt. Denn, wenn mich zum Beispiel ein Blitz trifft, so kann ich ihn nicht —"

„Behüt' uns Gott!" unterbrach ihn seine Schwester. „Unberufen, unberufen, unberufen!" — Nachdem sie sich beeilt hatte, diese Zauberformel gegen böse Einflüsse und Vorbedeutungen dreimal auszusprechen, machte sie ihm lebhafte Vorwürfe wegen seiner sündlichen Rede.

„Das ist nur so figürlich gesagt," erwiderte er. „Ich hab' dir bloß zeigen wollen, daß es Dinge in der Welt gibt, die man sich nicht vom Leib halten kann, wo man konträr wollen muß, man mag wollen oder nicht. Jetzt kann ich dir aber auch um so besser beweisen, daß es dafür andere Dinge gibt, die man sich vom Leib halten kann, wenn man nur recht tüchtig will. Zum Beispiel den Chirurgen —"

„Da, halt uns den Regen vom Leib, weil du so ein überstudierter Kopf bist," sagte Magdalene spottend. Es fing nämlich an zu regnen. „Gott Lob und Dank, endlich kommst du doch auf den rechten Text. Aber sag nur einmal, wie?"

„Du nimmst ihn eben nicht."

„Aber wenn der Vater sagt: du mußt?"

„Dann sagst du: ich will nicht."

„Kann ich mir dann auch die Streich' vom Leib halten?"

„Ja sieh, lieb's Kind, das ist's eben, darauf hab' ich von Anfang an hinausgezielt, und jetzt ist der Text vollständig. Vogel friß oder stirb! das ist der Text. Wenn aber das Vögele nicht fressen will, und es will eben um keinen Preis nicht, so muß es zwar sterben, aber die Sach' ist doch nach seinem Schnabel gegangen. Das Leben ist der höchste Preis, den ein Vogel oder ein Mensch einsetzen kann, und mehr als das Leben kann man einem auch nicht nehmen. Wenn einer nun seinen Sinn fest darauf richtet, daß er denkt: die und die Ruh will ich nicht beißen! so muß ihm zum allerersten das Leben wohlfeiler sein als der Schnabel. Dann wird's aber auch ganz gewiß nach seinem Schnabel gehen und wird oft nicht einmal das Leben kosten. So sagst du jetzt, du mögest den Dürren nicht."

„Für mein Leben nicht!" rief das Mädchen leidenschaftlich. „Just, wie ich sagen wollte! Du bekennst also selber, daß dir dein Leben nicht so lieb ist, als es dir lieb' wär', des dürren Stecken ohne zu sein, und vorhin hast du ja gesagt, du wolltest lieber in die Fils springen. Damit pressiert's übrigens gerade nicht so sehr, nur muß es dein völliger Ernst sein, und zwar so, daß du dich lieber totschlagen ließest. Sieh', dein Leben wird dir doch lieber sein, als eine trockene Haut oder ein heiler Rücken. Was ein heiler Rücken wert ist, das weiß ich aus Erfahrung, und ich kenn' auch des Vaters schwere Hand."

„Ja, ich auch."

„Du wirst sie aber doch nicht so fürchten, wie den Tod."

„Nein, das gerade nicht."

„Nun sieh, jetzt kannst du an dir selbst die Probe machen, ob's ein Ernst ist oder eine bloße Redensart mit dem, was du gesagt hast. Die Menschen brauchen viel leere Redensarten. Da sagt einer: Das und das laß' ich mir ums Leben nicht gefallen! Und nachher, wenn's drauf und dran kommt, läßt er sich's gefallen um des Claus Linsengericht oder auch noch um weniger, oder weil er einen Buckel voll Schläg' fürchtet. Nimm dir einmal die Sach' genau in Augenschein. Was kann dir der Vater tun? Umbringen wird er dich nicht, du bist ja sein eigen Fleisch und Blut. Aber pusseln wird er dich, dessen kannst du gewiß sein, und mach' dir nur keinen blauen Dunst darüber."

Magdalene seufzte

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171108-13/fragment/page=0005

* **Zoologischer Garten.** Auf das heute abend 8 Uhr stattfindende 2. Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters, in dem der Opernsänger Alfred Ernesti mitwirkt, sei nochmals hingewiesen.

* **Eine volkstümliche Vorstellung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der kriegswirtschaftlichen Betriebe,** sowie deren Angehörige findet am Sonntag, dem 11. November, nachmittags 2 Uhr, im Apollotheater, Riebeckplatz, statt. Zur Aufführung gelangt Am goldenen Horn. Original-türkische Ausstattungsoperette in drei Akten. Text und Musik von Behler-Bey. Der Platz kostet 30 Pf. (Kleiderablage 10 Pf.). Die eventl. gewünschten Eintrittskarten sind am Donnerstag und Freitag, dem 8. und 9. d. M., von 8 bis 8 Uhr, im Geschäftszimmer des Garnisonkommandos, Karlstraße 13, abzuholen.

* **In der Luther-Gedächtnis-Ausstellung** wird am Sonntag, dem 11. November, Herr Stadtsuperintendent Wächtler über Luther und seine Deutschen um ½12 Uhr vormittags sprechen. Der Sonntag, der 11. November, ist der Schlußtag der Ausstellung, die an diesem Tage von 11 bis 4 Uhr geöffnet ist.

* **U-T-Lichtspiele, Alte Promenade 11a.** Von morgen an wird den Besuchern ein vollständig neues Programm geboten werden. In dem Detektiv-Roman Ein Tropfen Gift wird der bekannte Filmdarsteller Erich Kaiser-Titz wieder seine Kunst zeigen, während das Lustspiel Onkels Liebling den Humor zu seinem Recht kommen läßt. Allen Naturfreunden wird der Film Das Einsamkeitstor zum nördlichen Schwarzwald eine angenehme Ueberraschung bieten. Beginn der Vorstellung um 4 Uhr.

* **U-T-Lichtspiele, Leipziger Straße 88.** Der „Liebling des Publikums", Henny Porten, wird von morgen an in Höhenluft den Besuchern wieder eine angenehme Stunde bereiten. Im Anschluß daran kommt das Schauspiel: Der Mann mit der Maske zur Darstellung. Beginn der Darstellungen 3 Uhr.

* **Eine Halleserin zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht in Weimar verurteilte die Arbeiterin Frieda Beyer aus Halle wegen Mordes zum Tode.

* **Wiedergefundene Wertpapiere.** Die in der gestrigen Nummer als angeblich gestohlen angezeigten Wertpapiere haben sich wiedergefunden. Sie waren nur verloren, und sind von der Finderin bei der Polizei abgegeben worden.

* **Einem Herzschlage erlegen ist in der Beesener Straße** ein im Alters- und Pflegeheim wohnhafter Privatmann. Die Leiche wurde nach dem Südfriedhofe geschafft.

Ammendorf. Der Geflügeldiebstahl ist im Schwange! Dem Gärtner Ulrich von hier wurden nachts aus dem Stalle sechs ausgewachsene Enten gestohlen, nachdem den Tieren die Köpfe abgeschnitten waren. Die Köpfe fand man im Stelle. Von dem Täter fehlt leider jede Spur.

Könnern. Der Bürgermeister Winter ist amtsmüde. Er hat bereits seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht und erhalten, da nach ärztlichem Gutachten eine baldige völlige Wiederherstellung ausgeschlossen ist. Winter hat der Gemeinde Könnern 10 Jahre als Oberhaupt vorgestanden.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Erbsendiebstahl. Die polnischen Arbeiter Waldemar Brandt und Joseph Koschitzki waren überführt, in Lauchstedt, wo sie in Arbeit standen, einige Zentner Erbsen gestohlen zu haben. Sie waren durch eine beschädigte Lehmwand in die Scheune eingedrungen. Bei der Haussuchung bei Koschitzki fand man in dessen Bett in einer Hose noch mehrere Kilo Erbsen. Es wurden 6 und 8 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu 3 und 4 Monaten Gefängnis.

Schöffengericht.

Bis 800 Mark für ein Liter Olivenöl gefordert! Gegen den früheren Gastwirt Hugo Praetorius aus Schandau war ein Strafbefehl ergangen über 50 Mark Geldstrafe wegen Nichtanmeldung von ungefähr zehn Liter Oel, und über 1000 Mark, weil er an die Verwaltung des Kriegsgefangenlagers in Merseburg das Liter Olivenöl zum Preise von 500 bis 800 Mark angeboten hatte. Gegen die Höhe des Urteils legte er Berufung ein. P. hatte dieses Oel seinerzeit zum Preise von 8 bis 10 Mark eingekauft. Nach dem Gutachten des Sachverständigen hatte er bis 40 Mark verlangen können. Der Staatsanwalt führte aus, daß bei derartigen fabelhaften Preisforderungen, was wirklich als Kriegswucher zu bezeichnen sei, mit aller Strenge vorgegangen werden müßte, die Strafe von 1050 Mark sei eher zu niedrig als zu hoch, von einer Herabsetzung könne keine Rede sein. Das Gericht schloß sich dem an und verurteilte P. zu 50 Mark wegen Unterlassung der Anmeldung und zu 1000 Mark Geldstrafe wegen übermäßiger Preisforderung, im Nichtvermögensfalle für je 10 Mark einen Tag Gefängnis.

Wegen Duldung von Tanzvergnügen verurteilt. Der Besitzer der Gastwirtschaft zum Leuchtturm, Franz Sonntag und Ehefrau, sowie deren Tochter hatten einen Strafbefehl erhalten über 50, 40 und 20 Mark, weil sie im April 1916 Tanzlustbarkeiten geduldet haben sollen. Mehrere junge Leute haben seinerzeit Strafbefehle bekommen, ohne Einspruch zu erheben. Die Angeklagten verlangten richterliche Entscheidung, denn sie bestritten, irgendwelche Schuld zu tragen. Demgegenüber sagen die beiden Wachtmeister, die seinerzeit diese Feststellungen machten, übereinstimmend aus, Frau Sonntag wäre beim Erscheinen der Beamten diesen vorausgeeilt, um die Tanzlustigen zu warnen. Die Entlastungszeugen können in dieser Beziehung nichts Entlastendes aussagen. Vom Staatsanwalt wird beantragt, die Strafen in der im Strafbefehl angegebenen Höhe zu belassen. Das Gericht hielt gegenüber den Angeklagten Franz Sonntag und dessen Tochter für nicht erwiesen, daß diese von dem Tanzen Bescheid gewußt haben, und sprach beide frei. Die Angeklagte Frau Sonntag hielt das Gericht nach den glaubwürdigen Aussagen der beiden Beamten für schuldig und verurteilte sie antragsgemäß zu 40 Mk. Geldstrafe.

Jugendliche u. Lebensmittelnot.

Am schwersten bedroht sind durch den Nahrungsmittelmangel die Jugendlichen der Großstadt und der großstadtähnlichen Landgemeinden. Ueber ihren Zustand während des Krieges hat der Chemiker Stadtschularzt Prof. Dr. Thiele seit längerer Zeit genauere Untersuchungen angestellt, welche die Gefahr der Lage ziemlich deutlich machen. Thiele hat nach seinem Bericht in der Sozialen Praxis einerseits die Kinder im ersten Schuljahre, anderseits die Volksschüler von der Entlassung und dann auch in geringerem Umfange jugendliche Lehrlinge und Arbeiter längere Zeit hindurch gewogen und untersucht. Nach denselben Methoden vorgehend und nach denselben Maßstäben messend hat er folgende Zahlen gefunden:

Genügender Ernährungszustand 1916	95,1 Proz.
Genügender Ernährungszustand 1917	91,3 Proz.
Ungenügender Ernährungszustand 1916	4,9 Proz.
Ungenügender Ernährungszustand 1917	8,7 Proz.

Bei den Konfirmanden ergab die gleiche Untersuchung:

Genügender Ernährungszustand 1916	95,4 Proz.
Genügender Ernährungszustand 1917	93,5 Proz.
Ungenügender Ernährungszustand 1916	4,6 Proz.
Ungenügender Ernährungszustand 1917	6,5 Proz.

Im Laufe des letzten Jahres ist also trotz der gewährten Zulage bei den Jugendliche eine wesentliche Verschlechterung ihres Ernährungszustandes eingetreten.

Interessant sind die Beobachtungen Thieles darüber, welche Klassen von Kindern von dem Lebensmittelmangel am schwersten betroffen wurden. In der ersten Untersuchungszeit — Herbst und Winter 1916 — waren es die Kinder der Bemittelteren Kreise, die an Körpergewicht am stärksten verloren, weil die Wurst-, Eier- und Fleischzulagen zum Frühstück fortfielen, an die sie gewöhnt waren. Die Kinder der Arbeiter erhielten damals im wesentlichen die gleiche fleischarme und kartoffelreiche Kost, auf die sie schon immer angewiesen waren. Im Winter 1916 und Frühjahr 1917 blieben dann am stärksten die Kinder der kleinen Beamten, Lehrer und Festbesoldeten zurück. Den Grund dafür erblickt Thiele in dem außerordentlichen Steigen der Preise namentlich der marktfreien Lebensmittel, welche den Festbesoldeten dadurch unzugänglich wurden, während die Kinder der Schwerarbeiter und anderer Kreise mit höheren Löhnen oder Einnahmen als die Unterbeamtenschaft durch Sonderzuweisungen und Zukäufe zu den Rationen recht günstig abschnitten. In neuester Zeit erscheinen am stärksten die Kinder gefährdet, deren Mütter auf Arbeit gehen. Hier ist die Ausnutzung der Rationen ungenügend und der Kraftverbrauch durch vielen Aufenthalt auf der Straße und nicht rechtzeitiges Zubettgehen zu stark. Den Ernährungszustand der Fortbildungsschüler fand Thiele im allgemeinen befriedigend, da sie meist in Munitionswerkstätten beschäftigt sind.

Eine allgemeine Zunahme der Krankheitsfälle hat Thiele bei der Jugend nicht beobachten können. Während bei den Erwachsenen Wassersucht, Herz- und Nierenkrankheiten und eingeklemmte Brüche infolge des übermäßigen Fettverlustes und der stark wasserhaltigen Ernährung häufig sein sollen, hat Thiele bei den Jugendlichen weder darin noch bei den Ansteckungskrankheiten eine bedeutende Zunahme konstatieren können. Schlimm ist nur die Ausbreitung der wichtigsten Kinderkrankheit, der Tuberkulose, und ihrer Vorstufe, der Blutarmut, worüber Thiele folgende Zahlen gibt:

	1916	1917	1918
Schulanfänger Blutarmut	22,90 %	28,50 %	22,48 %
Tuberkulose	2,10 %	2,35 %	1,07 %
Konfirmanden Blutarmut	30,99 %	31,20 %	21,74 %
Tuberkulose	4,16 %	4,90 %	1,51 %

Es leiden also unter der Nahrungsmittelknappheit in besonders gefährlichem Maße die kranken und kränklichen Kinder, und für sie fordert Thiele in erster Linie Milch und Fett in möglichst weitem Umfange. Im übrigen empfiehlt er allgemein den Verzicht auf Sport, Wanderungen und Leibesübungen, da sie bei der jetzigen Ernährungsweise dem Gebote der Sparsamkeit mit Kalorien widersprächen. Sein Ruf: „Hilfe für die gesundheitlich gefährdeten Jugendlichen!" möchte ein wenig Gehör im Reichsernährungsamte finden.

Die steigende Wohnungsnot.

In der Sonderbeilage des Reichsarbeitsblattes vom Juni 1916 heißt es nach einer auf reiches statistisches Material gestützten Betrachtung der Bautätigkeit und des Wohnungsmarktes in deutschen Städten im Jahre 1915: „Es wird also mit einer stark erhöhten Nachfrage nach Wohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein, welcher der Ausfall der Neuwohnungen durch das Darniederliegen der Bautätigkeit gegenübersteht."

Mit diesen Worten ist die Situation auf unserem Wohnungsmarkt knapp gekennzeichnet. Es droht der unbemittelten Volksmasse in den Großstädten und in den Großindustriegebieten eine schwere Wohnungsnot! Der amtliche Berichterstatter erinnert an die nach dem Kriege 1870-71 eingetretene Wohnungsnot und erklärt hierzu: „Damals war die Bautätigkeit nur kurze Zeit unterbrochen, während der Krieg jetzt schon in den dritten Sommer hinein sein störendes Wirken auf dem Baumarkt ausübt."

Inzwischen hat sich die Lage noch wesentlich verschärft. Nach Zählungen in 45 deutschen Gemeinden sind errichtet worden:

	Wohngebäude	Wohnungen
1912:	9507	64 107
1915:	2589	13 646
1916:	1099	5 015

Schon im Jahre 1915, als die private Bautätigkeit noch nicht so gut wie ganz zugunsten der militärischen und rüstungsindustriellen Bautätigkeit eingestellt war, schrieb ein so hervorragender Sachkenner wie Stadtbaurat a. D. F. Beuster: „Wenn . . . nicht auf neuen Wegen eine kräftige Vermehrung der Kleinwohnungen mit größter Schnelligkeit herbeigeführt, so werden wir nach menschlicher Voraussicht, wie nach dem Kriege 1870-71, so auch nach diesem Kriege mit einer heftigen Kleinwohnungsnot zu rechnen haben, mit all ihrem Wohnungselend infolge Ueberfüllung der Wohnungen und Zusammendrängung auch in ungefundensten Quartieren." (Städtische Siedlungen nach dem Kriege. Berlin 1915. Hehmans Verlag.) Seitdem dies geschrieben wurde, sind wieder zwei Kriegsjahre dahingegangen. Der Wohnungsbau ist nicht belebt, sondern stärker gehemmt worden. Die Gefahr der Wohnungsnot ist also noch außerordentlich gewachsen.

Darüber herrschte Uebereinstimmung in der am 16. Oktober dieses Jahres stattgefundenen ersten Gesamtsitzung des vom preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten berufenen „Beirats für Städtebau und städtisches Wohn- und Siedlungswesen", dem auch Arbeitervertreter: Giesberts, Hartmann (Hirsch-Duncker) und Landtagsabg. Hué angehören. Staatssekretär a. D. Dernburg verlangte insbesondere radikale Maßnahmen gegen die Ueberfüllung der Großstädte, Bereitstellung sehr erheblicher Reichs- und Staatsmittel für gemeinwirtschaftliche Bauzwecke, da von dem privaten Baukapital auch wegen der anderweitigen sehr starken Inanspruchnahme des Geldmarktes keine befriedigende Lösung der Wohnungsfrage zu erwarten sei. In ähnlicher Weise sprachen sich Vertreter von Großstädten und Vorsitzender der freien Baukünstler aus. Ohne die Beschaffung von nicht kleinen Summen seitens des Reiches und des Staates sei das Wohnungsproblem nicht mehr zu lösen.

Von den Arbeitervertretern wurde diese Forderung unterstützt, im weiteren darauf hingewiesen, daß der Ueberfüllung der großstädtischen und großindustriellen Massenquartiere wirksam begegnet werden könne auch durch eine zeitgemäße Verkehrspolitik. Man müsse es den Arbeitern und Angestellten ermöglichen, nicht in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsstellen zu wohnen; die Besiedelung müsse dezentralisiert werden. Hierzu trage aber eine Verteuerung der Verkehrsmittel, wie sie jetzt in der ungeheuren Hinaufsetzung der Eisenbahnfahrt in Erscheinung trete, keineswegs bei. Verbilligung der Eisenbahn- und Straßenbahnbenutzung, großzügiger Ausbau des Vorortverkehrs sei vonnöten, wenn man die vorgefundenen Massenquartiere, die überfüllten Mietskasernen ausführen wolle.

Ein trübseliges Kapitel ist die noch zu erwartende Mietsteigerung. Vertreter des Baukapitals geben die während des Krieges eingetretene Baukostenerhöhung bis auf 150 Proz. an. Mit einer dauernden Erhöhung von wenigstens 50 Proz. müsse gerechnet werden; dementsprechend würden sich also die Mieten erhöhen. Nun steht aber fest, daß ohnehin schon von dem Einkommen der „unteren" Volksschichten ein viel zu hoher Teil für Wohnungsmiete ausgegeben werden muß. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß namentlich die kinderreichen Familien für die unerhältnismäßig hohe Mietausgabe gesundheitlich einwandfreie Wohnungen bekommen. In dieser Beziehung sei beispielsweise verwiesen auf die Schrift von Dr. Marie Baum: „Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf-Stadt und -Land" (Berlin 1917. Hehmanns Verlag). Dort lese man nach, wie ungesund heute kinderreiche Familien hausen müssen. Und wie wird es erst werden, wenn die von allen Sachkundigen vorausgesagte Wohnungsnot nach der Rückkehr unserer Massenheere in die Großstädte und Großindustriebezirke eintritt? Der Wohnungsmangel zieht eine besondere Wohnungssteuerung nach sich; das verarmte Volk wird sich in noch höherem Maße als früher in Kleinwohnungen sammeln. Die sozialen Folgen sind leicht auszudenken.

Die Verteuerung des Baues ist hauptsächlich die Folge der kolossalen Erhöhung der Baustoffpreise. Schreiber dieses konnte in der Beiratssitzung nach Mitteilungen von Bauunternehmern feststellen, daß von 1914 bis 1917 beispielsweise die Preise für dasselbe Quantum Ziegelsteine von 18 bis 24 auf 48 bis 52 Mk., Sand von 20 bis 21 auf 30 bis 31 Mk., Kalk von 200 bis 210 auf 340 bis 345 Mk., Zement von 280 bis 300 auf 700 bis 715 Mk. (1), Bauholz von 48 bis 52 auf 86 bis 96 Mk., Dachpfannen von 420 bis 450 auf 720 bis 780 Mk. (1), eiserne Träger von 140 auf 280 Mk., Dachpappe von 3,00 bis 4,50 auf 8,50 bis 13,00 Mk. hinaufgesetzt wurden. (Aus der Versammlung heraus wurde sogleich erklärt, die neuesten Preise seien noch höher!) Ein wichtiger Teil der Baustoffindustrie ist zwar mit tätiger Hilfe von Regierungsorganen syndiziert worden. Aber die jetzt verlangten Preise beweisen zumindest, daß die Regierung den Unternehmern wohl zu Syndikaten verhalf, es aber an der nötigen Niederhaltung der Syndikatspreise im Interesse des Wohnungsbaues fehlen ließ. Das tritt besonders in der ungeheuerlichen Preissteigerung für Zement hervor. Die Zementindustrie krankte längst vor dem Kriege an einer gewaltigen Ueberproduktion. Es wurden 1913 uns 1 129 563 Tonnen Zement exportiert, nur 168 449 Tonnen importiert. Mithin handelt es sich hier um einen wichtigen Baustoff, den wir in Ueberfülle im Inlande erzeugen. Die nun besonders seit der Syndizierung der gesamten deutschen Zementindustrie im Vorjahre eingetretene ungeheure Preissteigerung kann also nicht auf „Materialmangel", sondern muß auf das Profitbedürfnis der Fabrikanten, die sich nun „sanieren" auf Kosten der Allgemeinheit, zurückgeführt werden. Die Folge ist auch eine ungeheuere Verteuerung des Wohnungsbaues. Die Lieferanten der anderen Baustoffe nehmen sich „natürlich" die Zementindustriellen zum Muster.

Ein Vertreter der sich mit der Beschaffung von Baustoffen befassenden militärischen Zentralbehörde anerkannte „von Herzen" die Berechtigung der von Hué vorgebrachten Kritik der Preissteigerungen durch die Unternehmerkartelle und erklärte, es müsse mit Rücksicht auf den dringlich erforderlichen Wohnungsbau eine Preissenkung eintreten. Aber die bisherigen Erfahrungen lassen die Hoffnung nicht zu, daß die so hoch getriebenen Preise für Baumaterialien in absehbarer Zeit so ermäßigt werden, wie es den tatsächlichen Fabrikationskosten entspricht.

Die Tatsache der drohenden Wohnungsnot der unbemittelten Bevölkerung ist mithin unbestritten. Der schon vor dem Kriege bestehende Mangel an gesunden Kleinwohnungen, das Zusammenpferchen von hunderten Menschen in einer enzigen Mietskaserne mit ihren hinreichend bekannten sozialen Schäden wird also nach dem Kriege noch ärger werden, wenn nun nicht schleunigst umfassende Vorbeugungsmaßregeln durchgeführt werden. Die zuständigen Regierungsstellen haben das Bestehen dieser großen Gefahr zugegeben. Ob aber die notwendigen Maßregeln schnell genug ergriffen werden, das ist schon angesichts der großen Zersplitterung der behördlichen Instanzen fraglich. In Preußen allein sind „nur" sieben Ministerien mit dem Siedlungs- und Wohnungswesen befaßt. Dazu kommen die zahlreichen unteren Verwaltungsbehörden bis herab in die kleinsten Kommunen. Die zu lösende Aufgabe ist aber so gewaltig, sie ist so sehr eine Lebensfrage des ganzen deutschen Volkes, daß die schnelle Schaffung einer Reichszentrale speziell für das Siedelungs- und Wohnungswesen (Reichswohnungsamt) unumgänglich ist. Dieser Reichsstelle müßten die weitestgehenden Machtbefugnisse gegeben werden.

Soziales.

Die Geschäfte der Lebensversicherungsgesellschaften.

Gute Geschäfte trotz Kriegsnot machten die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften auch im Jahre 1916. Die 42 bedeutendsten Gesellschaften erzielten bei einer Prämieneinnahme von über 700 Millionen Mark einen Ueberschuß von 198 759 918 Mark. Davon wurden den Gewinnreserven der Versicherten 166 940 287 Mk. gutgeschrieben, die Aktionäre der 28 Aktiengesellschaften erhielten 9 228 822 Mk. als Dividende, während an Tantiemen für Vorstände und Aufsichtsräte im ganzen 3 251 742 Mk. zur Auszahlung gelangten. Bei der gemeinnützigen Volksfürsorge, die nur Volksversicherung betreibt, fallen diese Begünstigungen einzelner Personen weg, da der Dividendenbezug der Aktionäre auf 4 Prozent festgelegt ist; es fließen deshalb die Ueberschüsse dieser Gesellschaft den Gewinn- und Fürsorgereserven zugunsten der Versicherten zu.

Volksfürsorge. Die Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Volksfürsorge hat auch in den letzten beiden Monaten wieder außerordentliche Erfolge erzielt. Es wurden im August und September nicht weniger als 6767 Neuabschlüsse gemacht, genau viermal soviel wie in den entsprechenden beiden Monaten des Jahres 1915.

Allerlei.

Explosion in England. Vor einiger Zeit brach im Hafen von Liverpool aus unbekannter Ursache ein großer Brand aus. Ein 20 000 Tonnen großer Dampfer der Cunard-Linie, der mit Munition und sonstigem Kriegsgerät beladen im Hafen lag, geriet in Brand, wurde schließlich durch eigene Explosion vollständig zerstört und sank. Kurz darauf erfolgten auf drei anderen Dampfern ähnliche Explosionen. Außerdem gerieten vier große Magazine in Brand. Der Schaden wird auf zwei Millionen Pfund Sterling (40 Millionen Mark) geschätzt. Es wird vermutet, daß irische Arbeiter die Brände angelegt haben — so sagt die englische Kriegshetzpresse.

Immer noch Malzschieber. Die Strafkammer in Würzburg verurteilte den Malzfabrikanten Huttmann wegen Preistreiberei sowie Malz- und Gerstefreihebungen nach Norddeutschland in größtem Umfange zu 350 600 Mark Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis.

„Das ist die schwere Not der Zeit" . . . Im Morgenblatt der Frkf. Ztg. vom 30. Oktober finden wir folgende Anzeige:

„Alte vornehme Gesellschaft mit eigener Weinkellerei sucht zum sofortigen Eintritt Klubwirt. Feste Bezüge 7000 Mk. Außerdem freie Wohnung, freie Heizung, freie Beleuchtung. — Stadtküche erlaubt. Bewerber, die die Kenntnisse eines Feinkochs haben, mit tadellosen Empfehlungen, wollen sich melden unter O. J. 19 662 durch die Exped. d. Bl."

Ein „feldgrauer Feldküchenkoch" dürfte den Anprüchen der „vornehmen Gesellschaft" kaum genügen — aber könnte nicht der Vaterländische Hilfsdienst einspringen?

Geflügel für „Volksvermehrung". In einer mitteldeutschen Stadt hat sich während des Krieges ein landwirtschaftlicher Hausfrauenverein gebildet, der sich durch Zufuhr und den Verschleiß von Gemüse, Geflügel und anderen guten Dingen um die Volksernährung verdient macht. Wie sehr sich der Hausfrauenverein des rechten Weges nicht nur in seinem dunkeln Drange bewußt ist, geht aus einem Rundschreiben an die Mitglieder hervor, in dem es u. a. heißt: „Die Mitglieder vom Lande werden ersucht, im Interesse der Volksvermehrung dem Vaterlande durch möglichst reichliche und regelmäßige Sendungen zu dienen. (Fr. Z.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171108-13/fragment/page=0006